

Die Schule für alle



GGG NRW

**Engagement für
integrierte Schulen,
aktiv und sichtbar**

Das Magazin

GGG

Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V.



EINLADUNG

Mit der Einführung der Gemeinschaftsschule in Sachsen können Kinder nun auch hier eine Schule für alle besuchen. Wir freuen uns daher, Sie zu einem breit gestrickten Angebot aus Schulhospitationen, Schulpräsentationen, Vorträgen, Workshops, Diskussionen und vielen Gelegenheiten zum persönlichen Austausch an einer der ersten Gemeinschaftsschulen in Dresden einzuladen.

**Do., 2. Mai, ab 17.00 Uhr, bis Sa., 4. Mai, 12.00 Uhr,
Gemeinschaftsschule Campus Cordis, Stauffenbergallee 8, 01099 Dresden**

Donnerstag: Unter dem Motto "**SCHULE KANN ANDERS!**" möchten wir über die Zukunft des Lernens und Lehrens in Austausch kommen und freuen uns, nach der Eröffnung des Kongresses am Donnerstag **Verena Friederike Hasel**, Autorin u.a. des Buches „Der tanzende Direktor“, zum Thema „Lernen für die Welt von morgen“ begrüßen zu dürfen.

Freitag: Der Freitag ist der Pädagogik gewidmet. Sie erwarten Hospitationen in Dresdner Schulen des längeren gemeinsamen Lernens, Schulpräsentationen aus dem gesamten Bundesgebiet, ein Vortrag zum Thema „Deeper Learning - Lerndesigns gestalten“ und zahlreiche Workshops, u.a. zu KI im Unterricht, Lehrkräftebildung und -kooperation, Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Samstag: Am Samstagvormittag möchten wir die Perspektive des längeren gemeinsamen Lernens in einer Podiumsdiskussion mit Stimmen aus Praxis und Politik erörtern. **Helmut Holter** (Bildungsminister aus Thüringen) wird einen einführenden Vortrag halten.

 **Detaillierte Informationen entnehmen Sie bitte unserem Programm.**
Sie finden dieses u.a. auf der Website der GGG unter
<https://www.ggg-web.de/termine/98-ueberregional-veranstaltungen/2219>

Wir freuen uns über Ihre Teilnahme
– ja vielleicht verbunden mit einem Kurzurlaub über den 1. Mai? ;-)

Mit freundlichen Grüßen

Miriam Bankert

Florian Berndt

Dieter Zielinski



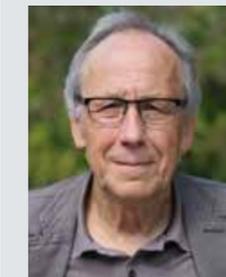
Unterstützt durch die Landeshauptstadt Dresden, Geschäftsbereich Bildung, Jugend und Sport

Im Anschluss an den Kongress findet von 13.00 – 16.00 Uhr eine Mitgliederversammlung der GGG statt. Auch dazu sind alle Mitglieder der GGG herzlich eingeladen.

Editorial

Liebe Mitglieder der GGG,
liebe Leserinnen und Leser,

mit diesem GGG-Spezial geben wir zum dritten Mal ein Magazin mit einem Landesbezug heraus. Diesmal ist Nordrhein-Westfalen an der Reihe. Das Besondere ist, dass wir uns dafür entschieden haben, das Magazin nicht nur an unsere Mitglieder in Nordrhein-Westfalen (NRW) zu versenden, sondern an alle GGG-Mitglieder. Dies hängt u.a. mit der Bedeutung des Landesverbandes NRW innerhalb der GGG zusammen. Die GGG-NRW ist nicht nur der größte, sondern auch einer der aktivsten Landesverbände. In dem Beitrag zur Geschichte der GGG von Werner Kerski können Sie zudem erfahren, dass die GGG-NRW schon vor der Gründung der GGG auf Bundesebene im Arbeitskreis Gesamtschule in Nordrhein-Westfalen einen Vorläufer hatte. Dieser trat 1971 als Verein mit all seinen Mitgliedern geschlossen der GGG bei und war damit die Initialzündung für die Gründung weiterer Landesverbände.



Dieter Zielinski
Vorsitzender
der GGG

Mittlerweile sind mehr als 50 Jahre vergangen, in denen sich die GGG-NRW nachhaltig für die Gesamtschule und später auch für neu eingeführte integrierte Schulen eingesetzt und wesentlich zu deren Unterstützung und Entwicklung beigetragen hat. Über das Jubiläum vom 19.11.2019 berichtet Dagmar Naegele. Weit über die regionalen Grenzen ausgestrahlt haben insbesondere zahlreiche pädagogische Entwicklungen an den Gesamtschulen. Der Austausch darüber erfolgt schon seit den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts im Landesmagazin der GGG-NRW, das heute den Namen „Integrierte Schulen Aktuell“, kurz ISA, trägt. Ich danke der ISA-Redaktion dafür, dass sie sich bereit erklärt hat, für dieses GGG-Spezial Artikel aus den Ausgaben der vergangenen Jahre auszuwählen und einem breiteren Publikum vorzustellen.

In der Rubrik Schulprojekte finden sich Anregungen, die geeignet sind, auch von anderen Schulen übernommen zu werden. Besonders beeindruckt hat mich das von Cornelia Schnelting-Perret dargestellte Förderprojekt „Glück“.

Wie Demokratie und Interessenvertretung schon in der Schule erlebt und erfahren werden können, zeigen die Berichte von Martina Zilla Seifert, Thomas Zander und Matthias Fließ.

Dass es um unser Bildungssystem nicht zum Besten steht, erfahren wir tagtäglich, sei es als Eltern, Lehrkräfte in den Schulen oder über die Berichterstattung in den öffentlichen Medien. Das sieht in NRW nicht anders aus als in anderen Bundesländern. Deshalb stehen die Artikel in den Rubriken zur Schulstruktur, Inklusion und Bildungsfinanzierung exemplarisch für die gesamte Republik.

Zu den Aktivitäten der GGG sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene gehören von Beginn an Kongresse, auf denen der Erfahrungsaustausch und die Weiterentwicklung der Schulen des gemeinsamen Lernens gepflegt werden. Deshalb freue ich mich ganz besonders, erstmals nach Corona wieder einen **Bundeskongress** ankündigen zu können. Dieser findet vom 2.–4.5.2024 in Dresden statt. Sie alle sind herzlich eingeladen, an diesem Kongress teilzunehmen. Eine Einladung finden Sie auf der gegenüberliegenden Seite.

Schließlich wünsche ich Ihnen, liebe Leserin und lieber Leser, auch im Namen der Redaktion viel Gewinn beim Stöbern und evtl. auch mancher Vertiefung in diesem Magazin.

Dieter Zielinski

Editorial Dieter Zielinski	1
Vorwort Andreas Tempel	3

unsere Wurzeln

Geschichte Gesamtschule Werner Kerski	5
Von 69 bis heute Dagmar Naegele	10
50 Jahre GE in NRW „Dortmunder Erklärung“	12

im Fokus - Schulstruktur

Schulpolitik seit PISA... Dietrich Scholle	14
Schulstruktur NRW: ein Flickenteppich / Grafiken	19
Abiturerhebung 2020 Presseerklärung	20

im Fokus - Inklusion

Qualitätsdebakel Inklusion Dagmar Naegele	22
Elternvertretungen entsetzt... Presseerklärung	24

im Fokus - Bildungsfinanzierung

Die Bildungskatastrophe naht... Andreas Tempel	26
NRW Sozialindex Werner Kerski	27
Die Notwendigkeit des Bildungsprotestes Hannah Seegers	31
Ungleiches ungleich behandeln... SCHULE ³	33
Vom Reichtum einer armen Schule... Martina Zilla Seifert	34

Schulprojekte

Lets's go Area... Thomas Zander	37
Glück als Schulfach Cornelia Schnelting-Perret	38
Politikverdrossenheit? Matthias Flüb	41

in eigener Sache

Redakteurin und Herz der ISA... Dagmar Naegele	44
---	----

Vorwort

*Liebe Menschen in der GGG,
liebe Interessierte an unserer Arbeit,*

Sie blättern gerade in einer Sonderausgabe der Schule für alle, dem NRW-Heft. Das war eine gute Wahl! Ich hoffe, ich kann Sie überzeugen, hier bei uns zu bleiben, bei den nächsten Zeilen, auf den nächsten Seiten.

NRW ist eines der größten Bundesländer, das an Einwohnern reichste der Bundesrepublik und un-
gemein abwechslungsreich. Es wundert nicht,
dass das Schulwesen, dass die Unterschiedlich-
keit der Schulen des längeren ge-
meinsamen Lernens ähnlich groß,
reich und bunt ist. Eigentlich keine
Überraschung, dass hier der größte
Landesverband der GGG zu finden
ist, der insgesamt mit seinem Vorstand
immer schon sehr aktiv agiert. Die al-
lerersten Gesamtschulen wurden in
diesem Bundesland gegründet, vor
mittlerweile 55 Jahren und sieben an
der Zahl. Die grundsätzliche Idee war
Bildungsgerechtigkeit herzustellen
und somit folgerichtig die Abschaf-
fung des gegliederten, selektiven,
überlebten Systems.



Andreas Tempel
Vorsitzender
der GGG NRW

Das Ziel war die Schule für alle – alle Möglichkei-
ten der Bildung für alle Kinder, ohne Ausnahme.
Ach gäbe es sie doch schon flächendeckend
– man wird ja auch im vorgerückten Alter noch
träumen dürfen! Diese Schule für alle ist ihrem
Aufbau nach eine Ganztagschule, lebt ihrem
Wesen nach Teamstrukturen, hebt die Fächer-
zersplitterung durch integrierende Lernbereiche
auf, ist vom Grundsatz her inklusiv und vergibt
alle Schulabschlüsse, natürlich auch den höchst-
en erreichbaren Bildungsabschluss Deutsch-
lands, das Abitur. Mehr als 70% der Schüle-
rinnen und Schüler an Gesamtschulen in NRW,
die derzeit ein Abitur erreichen, hatten als Schul-
formempfehlung beim Übergang von der vier-
ten in die fünfte Klasse eine Haupt- oder Real-
schulempfehlung, wie man im Folgenden nach-
lesen kann. Im gegliederten System wären diese
Bildungsschätze nicht gehoben worden und der
Gesellschaft verloren gegangen. Viel zu viele
Menschen wären weit hinter ihren Möglichkei-
ten zurückgeblieben. Hier schließt sich der Kreis

zur Bildungsgerechtigkeit und damit – mir sei der
etwas altertümliche Ausdruck verziehen – zu ent-
sprechendem Lebensglück. Davon dürfte es für
alle -mit der Schule für alle- mehr geben.

In dieser Zeitschrift wird in beeindruckender
Weise und beispielhaft aufgezeigt, welche kre-
ativen Lösungen an Schulen gefunden werden,
Schülerinnen und Schülern zu ihren Möglichkei-
ten zu verhelfen und damit zu sich selbst. Histori-
sches und Kritisches durfte bei der Auswahl der
Artikel nicht fehlen. Das alles wird ge-
schöpft aus den Beiträgen der NRW-
ISA, der Zeitschrift ‚Integrierte Schu-
len Aktuell‘. Großer Dank gilt dem
Redaktionsteam, das seit vielen Jah-
ren höchst professionell viermal im
Jahr zeigt, was in unseren Schulen
so los ist, aber auch hilft, Finger in bil-
dungspolitische Wunden zu legen
und Schule anders zu denken. Denn
Schule muss unzweifelbar anders, die
Bildungswende jetzt ist überfällig. Und
mein Dank gilt auch dem Redaktions-
team dieser Ausgabe, das hochgra-
dig effektiv und sehr geräuschlos eine
hochinteressante Ausgabe der Schu-
le für alle gestaltet hat. Danke an alle, welche
diese Ausgabe in der vorliegenden Form mög-
lich gemacht haben!

Im oben beschriebenen Sinne werden wir die
Entwicklungen weiter professionell und kritisch
beobachten, darauf reagieren und Sie mit den
notwendigen Informationen versorgen. Werfen
Sie gerne häufiger einen Blick auf die Ländersei-
te ‚NRW‘ der GGG-Homepage, dort sind auch
immer alle ISA-Ausgaben zu finden.

Es bleibt mir noch, Ihnen viel Vergnügen bei der
Gewinnung vielfältiger Erkenntnisse auf den fol-
genden Seiten zu wünschen. Bleiben Sie gesund
und kommen Sie gut durch diese Zeit!

Ihr Andreas Tempel



Andreas Tempel
Landesvorsitzender GGG NRW



Werner Kerski
Mitglied im GGG
Landesvorstand NRW



Dagmar Naegele
Mitglied im GGG Landes-
vorstand NRW

Ein zeitlicher Bogen umspannt bildungspolitische Ereignisse aus den Gründungsjahren der GGG und der Gesamtschulen. Er erinnert an Forderungen zur Schulreform, die an Aktualität nicht verloren haben.

Seite 5-9

Gesamtschulen aus NRW, gegründet 1969, feierten 2019 ihr 50-jähriges Bestehen und damit auch die Erfolge der besonderen pädagogischen Ansätze in Gesamtschulen.

Seite 10-11

Geschichte der Gesamtschule

– das ist auch die Geschichte der GGG

Werner Kerski

Die Entwicklung der Gesamtschule und der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule (GGG) sind eng miteinander verbunden. Die GGG wurde 1969 gegründet, um die damals entstehende Gesamtschulbewegung zu unterstützen. Ein historischer Rückblick.

Die Reformbewegung der 1960-er Jahre, die von Georg Picht 1964 ausgelöst wurde, hatte einen bundesweiten Schulversuch „Gesamtschule“ zur Folge. Es gab schon vorher einige Gesamtschulen, allerdings als Solitäre, die wenig Ausstrahlung auf die Entwicklung des westdeutschen Schulsystems hatten. In der Weimarer Republik wurde in Berlin die Karl-Marx-, heute Fritz-Karsen-Schule gegründet. Auch die Odenwaldschule war in ihrer Ausprägung eine Gesamtschule, mit dem Gründungsjahr 1910 vermutlich die erste Gesamtschule Deutschlands.

Das Schulsystem der DDR war strukturell ein Gesamtschulsystem. Im Einigungsprozess wurde die darin liegende Chance nicht verfolgt. Das gegliederte Schulsystem aus der BRD wurde als Blaupause für die Schulentwicklung in den „neuen“ Ländern genutzt.

Reformbedarf im deutschen Bildungswesen

Georg Picht hatte 1964 auf die Rückständigkeit des deutschen Schulsystems und die drohende „Bildungskatastrophe“ hingewiesen und eine Modernisierung des deutschen Bildungswesens angemahnt. Die viel zu geringe Bildungsbeteiligung (die zu geringe Effizienz!) wurde als Problem für die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft erkannt. Angeregt von der durch Picht ausgelösten Diskussion wurde 1965 von allen Bundesländern und dem Bund der „Deutsche Bildungsrat“ gegründet. Seine Aufgabe war es, Vorschläge für die Erneuerung des deutschen Schulwesens zu entwickeln. 1968 erschienen die „Empfehlungen zu Schulversuchen mit Ganztagschulen“, 1969 die „Empfehlungen zu Schulversuchen mit Gesamtschulen“ und 1970 der „Strukturplan für das deutsche Bildungswesen“. Der Deutsche Bildungsrat schlug vor, bundesweit sollen 40 Gesamtschulen in den Versuch aufgenommen werden.

Ähnliche Entwicklungen gab es in vielen westeuropäischen Ländern (z.B. England, skandinavische Länder). Im Gegensatz zur deutschen Entwicklung gelang es dort, das jeweilige Bildungssystem von einem gegliederten in ein Gesamtschulsystem umzubauen. Auch in Westdeutschland war es das politische Ziel, Gesamtschulen als ersetzende Schulen und nicht als ergänzende Schulform zu etablieren. Es zeigte sich aber bei der westdeutschen Entwicklung, dass die föderale Verantwortung für die Schulpolitik ein entscheidender Hemmschuh hin zu einem Gesamtschulsystem war. Der fehlende Mut der SPD-geführten Länder und der Widerstand der konservativ regierten Bundesländer, besonders Bayerns, verhinderten entgegen den Hoffnungen der Bildungskommission eine westdeutsche Entwicklung zu einer Strukturreform. Der Schulversuch Gesamtschule als Kompromiss der unterschiedlichen schulpolitischen Positionen erwies sich als eine Sackgasse, die die Entscheidung für eine Strukturreform zeitlich verzögerte und in der Folge die Gesamtschule als zusätzliches Angebot in Westdeutschland etablierte.

Der Arbeitskreis Gesamtschule in Nordrhein-Westfalen (AKG)

Im Rahmen des bundesweiten Schulversuches sollten in NRW insgesamt immerhin 30 Gesamtschulen gegründet werden. Im Sommer 1969 nahmen die ersten sieben ihren Betrieb auf.

Verglichen mit ähnlichen Gründungen in anderen Bundesländern war die Besonderheit des nordrhein-westfälischen Weges, dass alle Gesamtschulen als integrierte Gesamtschulen mit eigener gymnasialer Oberstufe und in Ganztagsform arbeiten sollten.

Bereits früh hatten Kommunen in Nordrhein-Westfalen – insbesondere mit SPD-Mehrheit, aber auch mit Unterstützung der FDP – Interesse an einer Beteiligung an dem Schulversuch „Gesamtschule“ signalisiert. In diesen Städten wurden teilweise schon ab 1966 Planungsgruppen gebildet, die die Gründung einer örtlichen Gesamtschule vorbereiten sollten. Vertreter aus der Politik, aus den Verwaltungen sowie Lehrerinnen und Lehrer aus bestehenden Schulen trafen sich,



Dieser Link führt zu den Artikeln Seite 5-11

um das pädagogische und das organisatorische Konzept, aber auch die Architektur und den notwendigen Neubau einer Gesamtschule vor Ort zu diskutieren. Zwischen diesen Planungsgruppen der unterschiedlichen Kommunen gab es zwar früh schon informelle Kontakte, mit der Zeit jedoch wuchs das Bedürfnis nach einem geregelten überregionalen Austausch. Deshalb trafen sich am 14.12.1968 in Fröndenberg (Kreis Unna) erstmalig Mitwirkende aus kommunalen Planungsgruppen, um diesen Austausch zwischen den Städten und zwischen den handelnden Personen zu organisieren. Damit war der „Arbeitskreis Gesamtschule in Nordrhein-Westfalen“ gegründet, der allerdings erst 1970 als Verein eingetragen wurde.

Am 25.04.1970 trafen sich im Kreishaus Unna – begrüßt von Landrat Jürgen Girgensohn, dem späteren Kultusminister – Vertreter von 13 korporativen Mitgliedern und 15 Einzelmitglieder zur Beschlussfassung über die Satzung und die Eintragung des Arbeitskreises in das Vereinsregister. Zum Vorsitzenden wurde Günter Bechert gewählt, ein enger Mitarbeiter von Girgensohn (Bechert wurde 1972 Geschäftsführer des GGG-Bundesverbandes). Das Protokoll schrieb Jürgen Theis. Neben der Verabschiedung einer Satzung wurde in dieser Versammlung die Koordination der didaktischen Arbeit der Gesamtschulen angeregt. Kommunale Schulentwicklung und die pädagogische Arbeit der Gesamtschulen standen von Beginn an im Mittelpunkt der Arbeit.

Das Selbstverständnis des Arbeitskreises Gesamtschule drückt sich in der beschlossenen Satzung aus:

Der Arbeitskreis geht davon aus, daß die veränderten und erhöhten Ansprüche von Gesellschaft und Individuum eine Revision von Schulstruktur und Bildungsinhalten unumgänglich machen. Es ist eine Entwicklung in Gang gekommen, ein Bildungswesen aufzubauen, das die zur Zeit nebeneinander arbeitenden Schulformen hinter sich läßt und neue bessere Möglichkeiten individueller Förderung und erhöhter Effizienz des Lehrens und Lernens ermöglicht.

(Arbeitskreis Gesamtschule in NRW, Satzung vom 25.04.1970)

In dieser Satzung taucht der Begriff der Effizienz auf. Die von Picht ausgelöste Diskussion um die „Erhöhung der Effizienz“ führte u.a. zur Errichtung von bis zu zwölfzügigen Schulen (geplant waren sogar Schulen mit 20 parallelen Lerngruppen!), ebenso zum Einsatz von programmiertem Unterricht und zur Anwendung neuer Medien. Der Arbeitskreis Gesamtschule in NRW fühlte sich allerdings in erster Linie einem emanzipatorischen Ansatz verpflichtet und verstand sich organisatorisch als Interessenbündnis der Kommunen. Eine Exkursion nach Malmö im Oktober 1970 konfrontierte die 41 Teilnehmer (darunter sieben Gesamtschulinteressierte aus Kiel) mit der Schulentwicklung in Schweden.

Beginnend mit dem Treffen in Fröndenberg im Dezember 1968 führte der AKG im Halbjahresrhythmus Mitgliederversammlungen durch. Die Liste der behandelten Themen dokumentiert die Breite der Diskussion. Manches ist keineswegs erledigt und könnte auch heute auf der Tagesordnung einer Mitgliederversammlung der GGG NRW stehen.

- Unterstützung von Gesamtschulplanungsgruppen
- Werbeveranstaltungen / Elternversammlungen
- Seminar für Lehrkräfte an Gesamtschulen
- Schulbau und Unterrichtsorganisation
- Unterrichtsbezogene Verwaltung, Bücherei und Medienzentrale
- Einstellung von Schülern
- Fachdidaktik und Fachplanung
- Arbeitslehre an der Gesamtschule
- Ganztagsbetrieb
- Werbung für den Arbeitskreis Gesamtschule (Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden)

Die Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule (GGG)

Die Idee der Gründung der GGG ist im Experimentalausschuss der Bildungskommission des Deutschen Bildungsrats entstanden. Auslöser für die Gründung der GGG war eine Empfehlung des Deutschen Bildungsrates:

- 4.2 Gründung eines überregionalen Verbandes**
Unabhängig von der Einrichtung einer solchen zentralen Konferenz ist die Gründung eines Verbandes der Versuchsschulen auf privatrecht-

licher Basis für das Bundesgebiet zu empfehlen. Ein solcher Verband könnte sowohl als Selbsthilfe-Organisation für eine bundesweite Koordinierung der Informationen und der Entwicklungsarbeit der einzelnen Schule sorgen als auch bei der Koordinierung der wissenschaftlichen Kontrolle als Berater für ein zentrales Test- und Entwicklungsinstitut und einzelne Forschungsinstitute dienen. Ein solcher Verband könnte sich auch aus der Erfahrung der Schulversuche an der öffentlichen Diskussion um die Gesamtschule beteiligen.

(Deutscher Bildungsrat, Empfehlungen der Bildungskommission, 30./31. Januar 1969, Einrichtung von Gesamtschulen, Seite 138)

Die frühe Verfügbarkeit von Rohfassungen der „Empfehlungen“ machte es möglich, dass schon vor der Veröffentlichung unter der Federführung des Dortmunder Schuldezernenten Herbert Frommberger die vereinsrechtlichen Voraussetzungen für die Gründung eines Gesamtschulverbandes getroffen wurden. Dieser Verband sollte bundesweit überregional agieren. So wurde die GGG am 24.01.1969 auf einem Kongress in Hamburg gegründet. Ihr Sitz ist seit der Gründung unverändert in Dortmund.

Die GGG verstand sich - der Empfehlung des Bildungsrates folgend - als bundesweite Interessenvertretung der Gesamtschulen. Erster Vorsitzender („Präsident“) der GGG war Horst Mastmann, der Leiter der 1968 gegründeten Gesamtschule Britz-Buckow-Rudow in Berlin, weitere Mitglieder kamen aus Berlin, Frankfurt, Hamburg und Weinheim; Herbert Frommberger als Geschäftsführer und Jürgen Theis als Kassierer kamen aus Dortmund.

Die Satzung nennt folgende Aufgaben:

- 3. Aufgabe der Gesellschaft ist es, die Errichtung neuer und die Zusammenarbeit bestehender Gesamtschulen zu fördern. Die Gesellschaft will insbesondere**
- a) die Forschung in allen Fragen, die Gesamtschulen betreffen, anregen,**
 - b) die öffentliche Diskussion um die Gesamtschule fördern und versachlichen,**
 - c) Lehrer und künftige Lehrer mit allen Fragen der Gesamtschule vertraut machen und so zur Lehrerbildung beitragen,**

- d) einen Ansatz bieten zur demokratischen Selbstverwaltung und zur Zusammenarbeit der Gesamtschulen der Bundesrepublik Deutschland,**
- e) durch die Ergebnisse ihrer Arbeit Gesetzgebern, Kultusverwaltungen und - Schulträgern Vorschläge und Hilfe bei der Einrichtung und Organisation von Gesamtschulen geben.**

(GGG, Satzung vom 24.01.1969)

Der AKG wird Landesverband der GGG

Vielfältige Kontakte zwischen dem AKG und GGG führten am 06.02.1971 zu folgendem Beschluss des AKG-Vorstands:

Der Vorstand beschließt, der nächsten Mitgliederversammlung den Beitritt des AK zur Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule vorzuschlagen.

Die angestrebte Fusion war nicht unumstritten: Der Arbeitskreis Gesamtschule folgte stärker einem demokratisch-emanzipatorischem Ansatz, während die GGG die von Georg Picht ausgelöste Diskussion um die Rückständigkeit des deutschen Schulsystems und dessen mangelhafter Effizienz akzentuierte. Eine zweite Hürde für die Fusion war die unterschiedliche Organisationsstruktur: Der Arbeitskreis Gesamtschule verstand sich als Organisation in NRW, die GGG als bundesweite Organisation. In einer Mitteilung an alle Mitglieder informierte der Vorstand des Arbeitskreises Gesamtschule die Mitglieder über den Stand der Zusammenarbeit mit der GGG.

Die Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule hat in ihrer Hauptversammlung in Nürnberg einen neuen Vorstand gewählt und ihre Satzung geändert. ...

Die Satzungsänderung diente dem Ziel, die Gesellschaft in Landesverbände zu gliedern. Der Vorstand des AKG begrüßt diese Entwicklung. Der AKG hat eine enge Kooperation mit der auf Bundesebene wirkenden Gesellschaft angestrebt, er ist gemäß Beschluß der Mitgliederversammlung Mitglied der Gesellschaft. Inzwischen entwickeln sich auch in anderen Bundesländern Arbeitskreise Gesamtschule. Eine engere Kooperation wird allseits gewünscht. Die Satzungsänderung ermöglicht ohne Beschränkung der Arbeit auf Landesebene eine Koordination der Aktivitäten. Der Vorstand des AKG wird auf der Mitgliederversammlung empfehlen, einen Beschluß zu fassen, der Gemeinnützigen Gesellschaft als Landesverband beizutreten.

Bis zum Bundeskongress 1972 in Nürnberg gab es die GGG nur als Bundesorganisation, Landesverbände waren nicht vorgesehen. Um einen Beitritt des AKG zu ermöglichen, bedurfte es der satzungsmäßigen Verankerung von Landesverbänden in der GGG-Satzung. Darüber hinaus ist aus heutiger Sicht deutlich, dass Carl-Heinz Evers als integrierende Persönlichkeit mehr als hilfreich war, um die unterschiedlichen Ansätze - Organisationsentwicklung von Schulen zur Effizienzsteigerung einerseits und demokratisch-emanzipatorische Weiterentwicklung des Unterrichts andererseits - in einem Verband zu vereinen. Carl-Heinz Evers wurde in Nürnberg zum Vorsitzenden der GGG gewählt. Die Mitgliederversammlung des AKG am 15.04.1972 folgte dem Vorschlag des Vorstands. Nicht uninteressant für die GGG: Der AKG organisierte in NRW 160 Mitglieder, für die GGG eine gewaltige Vergrößerung der Mitgliedschaft.

Der endgültige Beschluss des Beitritts des AKG zur GGG wird auf der Mitgliederversammlung am 08.12.1972 in Mülheim gefasst. § 1 der Satzung des AKG lautet nun:

Die Vereinigung führt den Namen Arbeitskreis Gesamtschule in Nordrhein-Westfalen e.V., Landesverband der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule e.V.

Parallel zu den Gesprächen zur Vereinigung des Arbeitskreises Gesamtschule und der GGG gründen sich auch in anderen Bundesländern Landesverbände. So treffen sich am 15.09.1972 in Frankfurt erstmals der Bundesvorstand und die Vorsitzenden aus den Landesverbänden Niedersachsen, Bremen, Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen zur konstituierenden Sitzung des Hauptausschusses der GGG.

Die Zukunft der Gesamtschule

Die Gesamtschule hat sich gegen viele Widerstände und mit entschiedener Unterstützung der GGG einen unangefochtenen Platz im Schulsystem erkämpft. Sie versteht sich als eine Schule für alle, in der alle Abschlüsse – in NRW mit Einschluss des Abiturs – erreicht werden können und in der das soziale Lernen eine zentrale Rolle spielt. Die Gesamtschule in NRW startete mit 32 Versuchsschulen zu Beginn der 1970-er Jahre. Inzwischen gibt es in NRW mit 362 Gesamtschulen, 115 Sekundarschulen und 5 Primusschulen insgesamt 482 integrierte Schulen. Das ist sicher ein großer

Erfolg. Rund ein Drittel der Schülerschaft der 4. Klassen der Grundschulen wechselt in eine integrierte Schule. Dabei fehlen nach wie vor in einer Reihe von Kommunen weitere Gesamtschulplätze, um dem Elternwillen zu entsprechen.

Eine grundsätzliche Reform des deutschen Schulsystems lässt allerdings auf sich warten. Die Struktur des gegliederten Systems hat eine Abschlussskultur zur Folge. Einstellungen und pädagogisches Verhalten werden durch die Selektivität bestimmt. Jede Kritik prallt an den Interessen der Nutznießer ab. Auch internationale Studien wie PISA, die seit über 20 Jahren die Schwachstellen nachweisen, ändern an der Verweigerungsstrategie wenig. Aus der Logik der Abschlussskultur sind für das Scheitern vieler Schülerinnen und Schüler sie selbst bzw. ihre Eltern verantwortlich. Die Opfer einer verfehlten Schulpolitik werden so zu Schuldigen gemacht.

Das Schulsystem ist voller Herausforderungen und Widersprüche:

- Unbestritten ist das deutsche Schulsystem sozial selektiv wie in kaum einem anderen Land. Es benachteiligt die sozial schwächeren Schülerinnen und Schüler eklatant.
- Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die keinen Schulabschluss erhalten, ist erschreckend hoch.
- Das Bildungssystem ist ineffizient, die Begabungen der Kinder werden nicht in dem Maße gefördert, wie das möglich wäre.
- Wie Inklusion in der Selektion gelingen soll, bleibt ein Rätsel. Es ist ein Widerspruch in sich.
- NRW ist das Bundesland mit den meisten Schulformen in der Sekundarstufe I. Neben dem gegliederten System mit Hauptschule, Realschule und Gymnasium gibt es das integrierte mit Gesamtschule und Sekundarschule, zusätzlich als Schulversuch die Primusschule. Dieses „vielfältige“ Angebot hat ein kommunal zersplittertes Schulangebot zur Folge. Die kommunalen Schullandschaften sind in NRW kaum noch vergleichbar, eine Reduzierung ist dringend notwendig.

Die Rolle der integrierten Schule unterscheidet sich je nach Regelung des jeweiligen Bundeslandes und des kommunalen Angebots zwischen

einer alternativen Schulform, die alle Schülerinnen und Schüler zum bestmöglichen Abschluss führt, und einer Schule, die nicht als die Schule für alle verstanden wird, sondern als die zweite Wahl nach dem Gymnasium. Kaum bestreitbar ist, dass die Abschlussskultur auch in den integrierten Schulen wirksam ist, und es viel Mühe und Überzeugung kostet, diesem Trend eine alternative Pädagogik entgegenzusetzen.

Ausblick

Die GGG wird weiter auf die Ungerechtigkeit und die Widersprüche des deutschen Schulsystems hinweisen. Eine Strukturreform bleibt weiter auf der Tagesordnung, wenn sich auch die Strategie angesichts der tatsächlichen Verhältnisse geändert hat.

Die GGG NRW wurde gegründet, um den Austausch zwischen den Gesamtschulen zu organisieren und deren Zusammenhalt zu fördern. Sie ist als Interessenvertretung der integrierten Schulen im Land inzwischen allgemein anerkannt. Das ist auch auf den hohen Organisationsgrad der GGG in den integrierten Schulen zurückzuführen – zurzeit sind 270 NRW-Schulen GGG-Mitglied. Als Verband hat die GGG einen wichtigen politischen Einfluss auf den Erhalt und den Aufbau weiterer integrierter Schulen.

„Die GGG NRW setzt sich für ein integriertes Schulsystem ein.“

Die Hauptziele

- die Weiterentwicklung einer Gesamtschulpädagogik,
- die Unterstützung der bestehenden integrierten Schulen und die aktive Hilfe bei Neugründungen und
- der Einsatz für schulpolitische Entscheidungen in Richtung eines integrierten Schulsystems

bleiben im Mittelpunkt der Arbeit der GGG.

► Zum Weiterlesen:

Hans-Günter Rolff,
Zur Stunde Null der GGG - und das Gesamtschulkonzept des Bildungsrates, 2019



<https://ggg-web.de/service/ggg-downloads/category/30-ggg-geschichte?download=1080:h-g-rolff-2019-zur-stunde-null-der-ggg>

Werner Kerski,
Das Ruhrgebiet als Wiege der Gesamtschule, 2013



<https://ggg-web.de/service/ggg-downloads/category/75-nrw-mitteilungen>

Von 1969 bis heute

Gründerschulen feiern in der Eventkirche Dortmund

Dagmar Naegele

Gemeinsam mit der GEW NRW lud die GGG NRW zu einer Feierstunde ein.

Schüler*innen der Gründerschulen begleiteten das Programm mit kreativen und kulturellen Beiträgen, ein rundum abwechslungsreiches Programm.

Zur Geburtstagsfeier in der Eventkirche Dortmund kamen am 19. November die Gründerschulen und zahlreiche Gäste: Gesamtschule Scharnhorst aus Dortmund, Friedensschule Münster, Gesamtschule Kierspe, Integrierte Gesamtschule Kamen, Gesamtschule Berger Feld, Gesamtschule Osterfeld aus Oberhausen und die Gesamtschule Fröndenberg. Der Vorsitzende der GGG NRW Behrend Heeren und die Vorsitzende der GEW NRW Maike Finnern, begrüßten in ihrer Rede Frau Ministerin Yvonne Gebauer, Vertreter*innen der Landtagsfraktionen Jochen Ott (SPD), Sigrid Beer (Bündnis 90/Grüne), Vertreter der Bezirksregierungen und befreundeter Verbände sowie den Bundesvorsitzenden der GGG Bund, Gerd Ulrich Franz.

Wie alles begann

Ein Film (WDR) aus dem Jahr 1969 erstaunte mit einem Rückblick auf die Gründerjahre und Geschichte der Gesamtschulen in NRW. Heute mutet die Darstellung zuweilen etwas eigen und auch anrührend an, aber es war der Aufbruch in die Jahre der Bildungsreform zu spüren. Manche Forderung von damals ist erschreckend aktuell. Das Team von Haifischbaby Film besuchte die sieben Gründerschulen in den letzten Monaten erneut und kreierte eine aktuelle bunte Darstellung der pädagogischen Arbeit in den Schulen, so wie sie heute stattfindet. Die pädagogischen Schwerpunkte dieser Gesamtschulen: Aufhebung von äußeren Leistungsgruppen, Unterrichten in heterogenen Schülergruppen, Integration und Inklusion von Kindern mit Förderbedarf prägten von Anfang an die Schulprofile und Schulprogramme. Der Ganztag mit seinen Möglichkeiten der kreativen Förderung und der Persönlichkeitsbildung wurde in seinen vielfältigen Facetten abgebildet, Interviews mit ehemaligen Lehrern und heutigen Schüler*innen zeigten das große Wir-Gefühl der Schulgemeinden.

Heute sind die integrierten Schulformen der Gesamt- und Sekundarschule mit über 400 Schulen die zweitgrößte Schulform der weiterführenden Schule in NRW. Die Nachfrage nach Gesamtschulplätzen von Seiten der Eltern kann in vielen Kommunen gar nicht erfüllt werden. Die Gesamtschule hat sich in den vergangenen Dekaden trotz vieler Angriffe auf diese Schulform durchgesetzt und erfolgreich verbreitet.

Prof. Dr. Matthias von Saldern zeigte in seinem zuweilen launigen, jedoch hochinformativem Vortrag „50 Jahre Gesamtschule - der lange Weg vom Experiment zum Erfolgsmodell“, dass schon Friedrich Wilhelm von Humboldt (1767-1835) eine Schule für alle Kinder zur Überwindung der Ständegesellschaft gefordert hat, die Gesamtschule also eine Idee mit großer, vor allem demokratischer Tradition ist.

Gastvortrag von Prof. Dr. Matthias von Saldern

Für Prof. von Saldern ist die Gesamtschule ein Erfolgsmodell, das an gesellschaftlicher Bedeutung nicht nur gewonnen, sondern diese auch verdient hat. Das zeigen die Abschlusszahlen der Abiturienten*innen und Absolventen*innen und anderer Schulabschlüsse an Gesamtschulen. Deutlich ist dabei immer wieder, dass die Schulformzuweisungen der Grundschulen oft viel zu pessimistisch auf die Talente der Kinder geblickt haben. Dennoch wird die Gesamtschule politisch nach wie vor angegriffen. Von Saldern mahnte hier das politische Engagement an, sich nicht in der emotionalen Auseinandersetzung mit den Gesamtschulgegnern zu verlieren, sondern weiterzumachen auf dem richtigen pädagogischen Weg. Seine Hauptthese ist, dass insbesondere die Ablehnung der Inklusion durch gesellschaftliche Gruppen bis hin zur Abschottung der Schulform Gymnasium, die nach Willen der Landesregierung NRW keine Inklusion mehr machen muss, auf ein weitergehendes Phänomen, ja eine politische Absicht aufmerksam macht. Inklusion darf an allen regulären Schulsystemen nicht erfolgreich sein, weil sonst klar würde, dass es keinen Sinn macht andere Schülergruppen, nämlich die der Haupt- und Realschulen, zu exkludieren. Zu



Die Schülergruppe der GE Fröndenberg freut sich über einen gelungenen Beitrag zum Rahmenprogramm.

Ende gedacht folgt auf die erfolgreiche Inklusion die notwendige Auflösung des gliedrigen Schulsystems. Inklusion ist deshalb eine hochpolitische, allgemein gesellschaftliche Fragestellung, die weit über die Frage der Fachpädagogik hinausreicht.

Grußwort der Ministerin

Frau Ministerin Yvonne Gebauer sprach ein Grußwort und wies u.a. auf die Anstrengungen der Landesregierung zur Lehrerstellengewinnung hin. Sie verwies darauf, dass noch nie so viele Stellen im System waren. Leider seien die notwendigen ausgebildeten Personen nicht verfügbar. Den Gesamtschulen dankte sie für ihre jahrelange Arbeit der Integration und Inklusion. Ihr wurden als Geschenke die „Dortmunder Forderungen“ im Bilderrahmen sowie ein Kunstplakat des Künstlers Traxler zur Vielfältigkeit von Kindern überreicht. Beides gedacht zur Präsentation in den weiten Gängen des Ministeriums. Der Interpretation der Ministerin, dass es eine Qualitätsoffensive in der Inklusion durch die Landespolitik gibt, konnte der sich anschließende Runde Tisch mit Maike Finnern (GEW), Behrend Heeren (GGG), Dr. Mario Vallana (Schulleitungsvereinigung SLVGE NRW), Ralf Radke (LEIS Landeselternrat) und Maike Selter-Beer (SL GE Berger Feld) allerdings nicht folgen. Sie verwiesen nochmals deutlich auf die real bedrückende Überlastung der Schulen und der Lehrerschaft. Helmut Rehmsen (WDR) moderierte auch diese Runde sehr umsichtig und ließ Gäste zu Wort kommen. Es entstand eine lebendige Diskussion.

...ein bisschen weise

können Gesamtschulen auf über 50 Jahre Unterrichtserfahrung zurückblicken. Die Förderung des einzelnen Kindes ohne Sitzenbleiben und Abschulung, die Schaffung individueller Schullaufbahnen, die verbindliche Ganztagsbetreuung,

Behrend Heeren und Maike Finnern überreichen Ministerin Yvonne Gebauer das Traxler Plakat und die Dortmunder Forderungen.

Alle Fotos: Ulrich Thünken



Maike Selter-Beer und Ralf Radtke am „Runden Tisch“ mit Moderator Helmut Rehmsen vom WDR

alternative Modelle zur Leistungsbewertung, die Verbindung von schulischem und beruflichem Lernen gaben wichtige Impulse für die Bildungspolitik, waren Anstöße und Leitlinie für die pädagogische Weiterentwicklung aller Schulformen. Vieles, was heute in allen Schulformen selbstverständlich ist, haben Gesamtschulen erprobt und seit Jahrzehnten praktiziert. Feiern ist deshalb richtig, aber die Festgemeinde blieb kämpferisch, denn Wichtiges ist noch nicht erreicht. Vor allem der weitere Ausbau von noch mehr Gesamtschulen im Lande, die Umsetzung des Sozialindex für alle Schulen und die Abschaffung der Abschulung bleiben wichtige Ziele. Die Überwindung des gegliederten Schulsystems sowie die Übernahme der Inklusion als gesamtgesellschaftliche Aufgabe in allen Schulformen müssen weiter pädagogisch und politisch verfolgt werden. So war der Festakt auch vor allem ein Blick in die Zukunft unserer Schulen in NRW.

50 Jahre und noch immer mehr als ein bisschen kämpferisch...

Quelle:.....
ISA IV/2019, Seite 16-19

50 Jahre Gesamtschule NRW

Schluss mit der Benachteiligung der Gesamtschule!

Dortmunder Forderungen von GGG und GEW NRW anlässlich 50 Jahre Gesamtschulen 2019

Lehrerversorgung für alle Schulen sichern

In Zeiten des akuten Lehrermangels funktioniert das sogenannte schulscharfe Lehrereinstellungsverfahren nicht. Schulen an ungünstigen, schwierigen Standorten bekommen wohl Stellen, aber keine oder nicht die benötigten Lehrer*innen. Das Problem ist auf der Ebene der Einzelschule nicht lösbar. Hier kann nur das Land gegensteuern, hier muss das Land dringend handeln.

Ungleiches ungleich behandeln – endlich den Sozialindex einführen

Schulen haben unterschiedliche Aufgaben zu bewältigen. Eine gemischte Schüler*innenschaft mit sozial stärkeren und sozial schwächeren Schüler*innen benötigt eine andere Lehrer*innenversorgung als eine sozial stärkere, homogene Schüler*innenschaft. Wir fordern, den im Schulkonsens vereinbarten und im Koalitionsvertrag angesprochenen Sozialindex endlich umzusetzen.

Abschulung in die Gesamtschulen beenden

Das Abschulen ist ein originäres Problem des gegliederten Schulsystems mit steigender Tendenz. Derzeit wird das Problem zunehmend auf die Gesamtschulen abgewälzt. Dieses Problem ist dort zu lösen, wo es ursächlich entsteht: innerhalb des gegliederten Systems.

Inklusion: alle Schulformen beteiligen und Versprechen halten

Es ist ein Skandal, dass bei der Umsetzung der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe der Inklusion die quantitativ und sozial stärkste Schulform, das Gymnasium, praktisch ausgeklammert wird. Die von der Landesregierung vorgegebenen Qualitätsstandards werden in der Praxis nicht eingehalten.

Rahmenbedingungen für Schulen mit Teilstandorten verbessern

Allein bei den integrierten Schulen gibt es über hundert mit mehr als einem Standort. Dass diese Schulen aus unterschiedlichen Gründen mehr Personal benötigen als eine gleich große Schule mit einem Standort, ist unbestritten. Dieser Sachverhalt wird aber bei der Ausstattung der Schulen auf sächlicher und personeller Ebene ignoriert.

Lehrerbesoldung: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – deshalb einheitliche Lehrereingangbesoldung für alle Lehrer

An den Gesamtschulen war schon immer nicht nachzuvollziehen, dass die Lehrer*innen in der Sekundarstufe I bei gleicher Tätigkeit höchst unterschiedlich bezahlt wurden. Nachdem die Lehrer*innenausbildung für alle Lehrer*innen qualitativ und quantitativ gleich ist, gibt es überhaupt keine sachliche Begründung mehr für die ungleiche Bezahlung.

Innovative Schulentwicklung weiter ermöglichen

Innovative Vorhaben der Schul- und Unterrichtsentwicklung dürfen nicht eingeschränkt oder gar verhindert werden.

Unabhängig von diesen aktuellen Forderungen fordern wir alle politisch Verantwortlichen auf, Schluss zu machen mit der bundesweit einmaligen Zersplitterung der Schullandschaft in NRW:

Von der unsinnigen Vielfalt der Schulformen zur Schule der Vielfalt!



...Schulstruktur



Dietrich Scholle
Mitglied im GGG Landes-
vorstand NRW 2007-2021

Der Text zur Schulstruktur, resultieren-der sozialer Selektivität und deren Folgen, bereits 2020 erschienen, ist in seiner Argumentation absolut stringent und in seiner Gesamtaussage noch immer aktuell.

Seite 14-18

...Inklusion



Dagmar Naegele
Mitglied im GGG Landes-
vorstand NRW

Aus dem Versprechen der Landesregierung, für bessere Qualität der Inklusion in Schulen zu sorgen, ist nicht viel geworden. Der Beitrag führt Gründe dafür auf.

Seite 22-23

...Bildungsfinanzierung



Andreas Tempel
Vorsitzender der
GGG NRW



Werner Kerski
Mitglied im GGG
Landesvorstand NRW

Wenn in NRW 8000 Tausend Lehrkräfte fehlen, dann ist die Situation für Schulen katastrophal zu nennen. Mehr zu Maßnahmen des Ministeriums, die wenig zielführend sind.

Seite 26-27



Hannah Seegers
Schülersprecherin
Rupert-Neudeck-
Gesamtschule (RNG)
Tönisvorst



Martina Zilla Seifert
Mitglied im GGG
Landesvorstand
NRW

Seit Jahren fordert die GGG einen schüler-scharfen Sozialindex. Die kritische Auseinandersetzung mit dem Index-Berechnungsmodell in Stellungnahmen und Eingaben der GGG zeigt nun in einem evaluierten Index-Modell einen beachtlichen Erfolg.

Seite 27-31

Die Schulgemeinde der RNG Tönisvorst organisierte einen Bildungsprotest mit Demonstration und Kundgebung. Die Schülersprecherin berichtet über den Protest und die Forderungen.

Seite 31-32

2019 protestierte die Sekundarschule Rheinhausen in Duisburg für bessere Lernbedingungen. 2021 erhält sie als Gesamtschule Körnerplatz den Deutschen Schulpreis Spezial „Zusammenarbeit in Teams stärken“. Inzwischen trägt sie den Namen Green Gesamtschule.

Seite 34-35



Dieser Link führt zu den
Artikeln Seite 14-35

Schulpolitik seit PISA

und ihr Einfluss auf soziale Selektivität

Dietrich Scholle

Ein nach wie vor trotz aller Strukturveränderungen gegliedertes und früher als in allen anderen vergleichbaren Industriestaaten selektierendes Schulsystem widerspricht den Zielen der Integration und Inklusion.

Selektion im Schulsystem ist nie nur leistungsbezogen und sozial neutral, sondern immer auch sozial beeinflusst und geprägt. Fraglich ist dabei nur, in welchem Ausmaß und mit welchen Folgen. Aufgabe einer demokratischen Leistungsgesellschaft müsste es sein, soziale Einflüsse und Prägungen in Bezug auf Bildungskarrieren auszugleichen und möglichst gering zu halten.

Die Frage, ob und inwieweit Schule zur Veränderung der Gesellschaft beitragen kann, ist nicht eindeutig und vor allem nicht monokausal zu beantworten. Es gibt ein schwankendes Verhältnis zwischen Offenheit für Veränderung und Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse. Schule ist wohl eher Seismograph gesellschaftlicher Zustände und Entwicklungen als deren Motor.

Und schließlich: Schulpolitik ist immer auch Gesellschaftspolitik. Die gesetzlichen und die realen Zugangsmöglichkeiten zu Bildung prägen entscheidend das Gesicht einer Gesellschaft.

Schulsystementwicklung und soziale Frage nach dem Zweiten Weltkrieg

Anstelle eines Neubeginns mit Abkehr von dem hergebrachten gegliederten und früh selektierenden Schulsystem, wie ihn die Siegermächte im Sinne einer Unterstützung der Demokratisierung der Gesellschaft auch in den westlichen Besatzungszonen eigentlich geplant hatten¹, setzte sich im Lauf der Nachkriegsjahre in den Ländern der späteren Bundesrepublik dessen weitgehende Restauration durch. Anders in der sowjetischen Besatzungszone, der späteren überwiegend zentralistisch organisierten DDR. Hier wurde eine die gesamte schulpflichtige Zeit umfassende allgemeine Schule etabliert, die Polytechnische Oberschule (POS), auf der die Erweiterte Oberschule (EOS) aufbaute mit dem Abitur nach insgesamt 12 Schuljahren. Dieser Weg war aller-

dings durchgehend für nur ca. 10 Prozent eines Jahrgangs offen. Der offensichtlichen sozialen Durchlässigkeit stand die politische Steuerung des gesamten Systems gegenüber, die auch über individuelle Schulschicksale und Schülerlaufbahnen entschied.

Die mit dem Kalten Krieg beginnende verschärfte ideologische Auseinandersetzung übertrug sich auf die schulpolitische Debatte und behinderte eine Reform des gegliederten Schulsystems im Westen Deutschlands: Das gegliederte und selektierende System im Westen wurde als begabungsgerecht und demokratisch ausgegeben, das Schulsystem der DDR als ideologisch gesteuerte „Einheitsschule“ gebrandmarkt und dieser Begriff als Pejorativ im Kampf gegen Gesamtschulpläne vielfach verwendet.

Festzustellen ist, dass sich die gesellschaftlichen Frontlinien in den schulpolitischen Auseinandersetzungen nur wenig verschoben haben, vor allem wenn es um eine – vielfach eingebil-

Schule ist wohl eher Seismograph gesellschaftlicher Zustände und Entwicklungen als deren Motor.

dete – Bedrohung der Schulform Gymnasium geht. Im Mittelpunkt der Debatte, beginnend Mitte der 60er Jahre, stand vor allem die Frage der Zugangsmöglichkeiten zu dem höchsten deutschen Bildungsabschluss, dem Abitur, und damit der Zugangsberechtigung zum Hochschulstudium. Und das war letzten Endes auch eine soziale Frage, denn bis weit in die 60er Jahre lag die Gymnasialquote unter 20 Prozent, die Quote der Abiturientinnen und Abiturienten noch darunter – mit deutlich höherem männlichen Anteil. Das von dem Konstanzer Soziologen Hansgert Peiser² formulierte und viel zitierte Schlagwort von dem „katholischen Arbeitermädchen vom Lande“ fasste kurz und knapp alle wesentlichen Aspekte und Faktoren der Bildungsbenachteiligung in der Nachkriegszeit zusammen: kulturelle Dispositionen, soziale Herkunft und Geschlecht sowie den Stadt-Land-Unterschied.

Der anfängliche Konsens der Bundesländer über einen „Schulversuch Gesamtschule“ zerbröselte im Laufe der Zeit über der Frage, ob nach einem möglicherweise erfolgreichen Verlauf des Schulversuchs die Gesamtschule eine Option als ersetzende Regelschule sein könnte. Die Gesamtschule als optionale Regelschule setzte sich schließlich nur in einigen wenigen Bundesländern im Laufe der 70er und 80er Jahre durch. Die deutsche Einheit brachte für die neuen Bundesländer und ihr bisheriges Schulsystem tiefgreifende Veränderungen, vor allem durch den unüberhörbaren Ruf nach dem Gymnasium. Entsprechend entstand in den neuen Bundesländern ein neues gegliedertes System, in der Regel aus zwei Schulformen, einer Schule für die Sekundarstufe I neben dem Gymnasium, bei dem man allerdings an der bisherigen Schulzeit von 12 Jahren bis zum Abitur festhielt.

Schulsystementwicklung und soziale Frage im neuen Jahrhundert

Neue Bewegung in Diskussion und Entwicklung der Schulstrukturen kam mit Beginn des neuen Jahrhunderts u.a. durch die Ergebnisse der seit dem Jahr 2000 im dreijährigen Rhythmus durchgeführten PISA-Studien der OECD. Die Ergebnisse von PISA stellten die Leistungsfähigkeit des deutschen Schulsystems in Frage und verbunden damit auch die Frage nach der sozialen Bildungsgerechtigkeit in Deutschland. Der Verweis auf die Schulstrukturen erfolgreicher PISA-Länder, hier spielten vor allem die skandinavischen Länder, allen voran Finnland, eine große Rolle, hat hierzulande aber nicht zu einer grundlegenden Schulstrukturdebatte geführt. Insofern waren zwei andere Faktoren in Bezug auf die Entwicklung und Veränderung der Schulstrukturen ausschlaggebender: Elternwahlverhalten und demografische Entwicklung.

Ein sich stetig veränderndes Elternwahlverhalten zugunsten der Schulformen mit höherwertigen Abschlüssen, das in erster Linie zulasten der Hauptschule ging, war schon seit längerer Zeit erkennbar. Hinzu kamen schließlich seit Anfang des neuen Jahrhunderts negative Trends in der demografischen Entwicklung, die schulstrukturell vor allem den ländlichen Raum betrafen.

Die Neuordnungen gruppieren und gruppieren sich immer um die Schulform Gymnasium mit gleichbleibend unangefochtener und privilegier-

ter Stellung. Daneben gab es viel Bewegung, sichtbar an den zahlreichen neuen bundeslandspezifischen Schulformbezeichnungen, vor allem für neue Schulformen der Sekundarstufe I. Was sich hinter diesen neuen Namen verbirgt, erschließt sich häufig nicht auf den ersten Blick³.

Beispiel NRW: Einen wichtigen Einschnitt brachte nach der Wahlniederlage von Schwarz-Gelb 2010 der im Folgejahr von der neuen rot-grünen Minderheitsregierung mit der CDU ausgehandelte und erzielte Schulkonsens, der die verfassungsrechtliche Sonderstellung für die Hauptschule aufhob und die Einführung der Sekundarschule als weiterer integrierter Schulform neben der Gesamtschule ermöglichte, allerdings ohne eigene gymnasiale Oberstufe. Intention und Hoffnung vieler an dieser Vereinbarung Beteiligter war, den Schulsystemstreit zu beenden und den Fokus stärker auf die Einzelschule und ihre Leistung richten zu können.

Ein systemisch entscheidender Schritt war in diesem Zusammenhang die stärkere Verlagerung der Verantwortung für die örtliche Schullandschaft auf die Kommunen, von der damaligen grünen Schulministerin Sylvia Löhrmann als „Politik der Ermöglichung“ bezeichnet. Das Land zog sich damit allerdings bei der konkreten Gestaltung der Schullandschaft in NRW weitgehend aus der Verantwortung zurück. Je nach Größe und bisheriger Schulgeschichte der jeweiligen Kommune sowie nach aktuellen parteipolitischen Mehrheiten entstanden vor Ort völlig unterschiedliche und kaum noch vergleichbare Schullandschaften. Alle denkbaren Kombinationen aus fünf Schulformen waren möglich und sind in der kommunalen Realität auch vertreten⁴. Der Gegenentwurf zu einer in der Verfassung festgestellten, vor Ort aber kaum erfahrbaren Vielfalt der Schulformen wäre natürlich die Schule der Vielfalt, die Gesamtschule, die gemeinsame Schule für alle.

Ein weiteres Projekt, das Rot-Grün in grundsätzlicher Abstimmung mit der CDU auf den Weg gebracht hatte, die Inklusion, erfährt unter der jetzigen Landesregierung vor allem auf Betreiben der FDP einen entscheidenden Rückbau, der letztlich wieder die Strukturen eines hierarchisch gegliederten Schulsystems stärkt: Die Schulform Gymnasium wird weitgehend aus der Inklusion herausgenommen⁵.

Elterwahlverhalten und soziale Selektion

Das Schlagwort von der „besten Bildung für alle“, das inzwischen in verschiedenen Variationen nahezu alle Parteiprogramme und Regierungsprogramme ziert, bedeutet für die Mehrzahl der Eltern heute, den höchst möglichen Schulabschluss für das eigene Kind, sprich: das Abitur, anzustreben. Das hat über die Jahre dazu geführt, dass das Gymnasium die am meisten gewählte Schulform in der Bundesrepublik geworden ist, gefolgt von den Schulformen, die einen alternativen Weg zum Abitur anbieten, allen voran Gesamtschulsysteme.

Ein Zusammenhang zwischen Elterwahlverhalten und sozialer Selektion liegt auf der Hand. Aus der Vergangenheit gibt es zahlreiche Beispiele dafür, dass Veränderungen in Richtung der Verlängerung der gemeinsamen Grundschulzeit (Beispiel Hamburg) und/oder Einführung eines stärker integrierten Schulsystems auf Landesebene (Beispiel Koop-Schule in NRW) am Widerstand aus der Bevölkerung scheitern, vor allem wenn die Schulform Gymnasium mit in die Veränderungen einbezogen werden soll oder als bedroht empfunden wird.

Ein wenig haben sich die Dinge allerdings verändert. Bleibt die Schulform Gymnasium unangestastet, wächst unter dem Druck der demografischen Entwicklung, der zunehmenden Versorgungsproblematik in der Fläche und zum Erhalt eines zumindest zweigliedrigen Systems die Bereitschaft, Veränderungen an den Strukturen außerhalb des Gymnasiums zu tolerieren oder gar zu betreiben. Insgesamt ist auch wohl die Einsicht und Bereitschaft gewachsen, besondere Bedarfe von Schulen an prekären, schwierigen Standorten, sogenannten Brennpunktschulen, anzuerkennen und mit zu tragen, Hauptsache, man muss seine eigenen Kinder nicht dorthin schicken. Die Kehrseite und Gefahr der besonderen Zuwendungen, der Kompensation in einem gegliederten Schulsystem ist eine noch klarere und offensichtlichere Stigmatisierung der Bedürftigkeit mit der Folge der noch stärkeren Abwendung bildungsorientierter Eltern nach dem Motto: „Unser Kind hat das nicht nötig“.

Vielerorts lässt sich gut zeigen, wie soziale Segregation über die Schule und das Schulsystem stattfindet. Nehmen wir den Stadtteil einer Großstadt mit gemischter Bevölkerungsstruktur, Stra-

ßen mit Einfamilienhäusern, Straßen mit Miethäusern, zum Teil sozial gefördert, insgesamt ein recht hoher Anteil von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, insgesamt ein recht hoher Anteil von Familien, die von staatlichen Transferleistungen leben, ein Stadtteil, in dem neben Wohlstand auch Kinderarmut deutlich sichtbar ist, wenn man nur hinschaut. Als erstes verlässt ein Teil der Kinder aus bildungsorientierten Familien den Stadtteil, um eine Kita außerhalb zu besuchen, dieser Anteil wächst in der Grundschulzeit noch einmal deutlich, und nach dem Übergang in die weiterführenden Schulen bleibt nur noch ein kleiner Anteil von Kindern, von Jugendlichen in der Hauptschule vor Ort als einzigem weiterführenden Angebot zurück⁶. Inzwischen gibt es Stadtteile in Großstädten, in denen überhaupt kein weiterführendes Schulangebot mehr besteht.

Der Einfluss sozialer Faktoren bei der Übergangsentscheidung von der Grundschule zur weiterführenden Schule ist mittlerweile vielfach beschrieben und nachgewiesen worden⁷. Eine besondere Rolle bei der sozialen Segregation im Grundschulbereich spielen konfessionsgebundene Schulen, die es in vielen Bundesländern noch neben den Gemeinschaftsgrundschulen gibt⁸, insbesondere aber das wachsende Parallelsystem der Privatschulen hinweg über alle Schulstufen mit ihren in der Regel privilegierten Gründungsbedingungen im Vergleich zu den öffentlichen Schulen, den besonderen Möglichkeiten der Vorauswahl ihrer Klientel sowie der geringeren staatlichen Regulierung und Kontrolle⁹.

Schulstrukturen entstehen und erhalten sich immer interessenbezogen und sind so gesehen immer Ausdruck gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Das hierarchisch gegliederte Schulsystem hat in unserer Gesellschaft über Jahrzehnte soziale Segregation und Selektion befördert. Das sozialdemokratische Aufstiegsversprechen über Bildung hat zudem einen Januskopf: Einmal den Aufstieg geschafft bedienen sich viele der Mechanismen, die dieses System letzten Endes erhalten¹⁰. Teile der Mittelschicht haben sich mit dem eigenen Bildungsaufstieg und dem damit verbundenen Zugewinn an sozialem Status zunehmend zum Verweigerer von weiterer Integration oder gar Inklusion entwickelt.

Zum Stand der sozialen Selektivität im aktuellen Schulsystem und zur Frage der Durchlässigkeit

Dass die Bundesrepublik Deutschland ein auf Selektion aufbauendes Schulsystem hat, ist nicht die Problemstellung, die Problemstellung liegt in der Organisation und Funktionsweise dieser grundsätzlichen gesellschaftlichen Aufgabe von Schule¹¹. Selektion verläuft in Deutschland nicht in einem kontinuierlichen, auch immer wieder korrigierbaren Prozess, sondern hat vor allem institutionalisierte Schnittstellen, an denen über die Passung zwischen Schülerin und Schüler und Schulform entschieden wird.

Seit der breiteren Diskussion zu diesem Thema im Übergang von den 60er in die 70er Jahre haben sich Art und Weise und Dimension der sozialen Selektion im Schulsystem verändert. Die Übergänge zur Schulform Gymnasium haben sich mehr als verdoppelt, alternative Wege zum Abitur haben sich in Konkurrenz zum Gymnasium etabliert, sei es in einer allgemeinbildenden Schulform wie der Gesamtschule oder im berufsbildenden System, die vorschulische Betreuung und Erziehung ist deutlich ausgebaut worden. Vor allem letzteres gilt in der Bildungsforschung als ein wesentlicher Faktor für eine erfolgreiche Bildungsexpansion, der grundsätzlich auch zum Abbau von Bildungsbenachteiligung beiträgt¹². Nach dem seit 1996 gültigen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz mit Beginn des vierten Lebensjahres gibt es seit 2013 auch einen Rechtsanspruch auf Kita-Betreuung für die 1- bis 3-Jährigen. Der Schritt in Richtung einer Kita-Pflicht, den nach einer Ifo-Befragung von 2019 zwei Drittel der Befragten begrüßen würden¹³, ist zurzeit nicht erkennbar.

Die – soziale – Selektion im Bildungsbereich findet im Prinzip überall statt, für die einen früher (bei harten Übergangskriterien), für die anderen später (bei weichen Übergangskriterien). Die Feststellung, je weicher die Übergangskriterien, desto mehr Rückläufer und umgekehrt, muss ergänzt werden durch die Korrelation zwischen Übergangs- und Rückstufungsquoten einerseits und Abschlussquoten andererseits. Strenge Übergangsregelungen und fehlende alternative Wege zum Abitur führen zu im Vergleich geringeren Abschlussquoten. Und hier zeigen sich auch für die Gesamtbeurteilung wichtige Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern¹⁴.

Welche Aufgaben stellen sich aktuell?

Es geht nicht darum, die selektive Aufgabe eines Bildungssystems zu leugnen, es geht um die Voraussetzungen, die Regelungen und die Ziele, unter denen die diesbezüglichen Prozesse und Entscheidungen organisiert werden.

Der Bildungsbericht 2018 der Autorengruppe Bildungsberichterstattung stellt fest: „Die sozialen Disparitäten im Bildungsbereich sind unverändert stark ausgeprägt“. Und: „Bereits vor dem Eintritt in das Bildungssystem kann Bildung über den Bildungsstand der Eltern auf die Gesundheit und die kognitive Entwicklung von Kindern wirken und dann über die Verkettung von Bildungsentscheidungen die weiteren Bildungsbiografien beeinflussen.“¹⁵ Die Tatsache, dass die Einkommens- und Vermögensschere in der Gesellschaft immer weiter auseinandergeht¹⁶, bedingt eine ähnliche Entwicklung der Bildungschancen. Die Bildungsexpansion hat unter den derzeitigen Rahmenbedingungen offensichtlich ihre Möglichkeiten weitgehend ausgereizt mit Verschlankung der Schulstrukturen, alternativen Wegen zum Abitur, Ausbau der vorschulischen Bildung und Erziehung und Erweiterung von Ganztagsangeboten.

Der durchaus gesellschaftlich integrierend wirkenden Bildungsexpansion steht die Tatsache gegenüber, dass eine Gruppe von über einem Fünftel aller Kinder und Jugendlichen, eingestuft als „Risikogruppe“¹⁷ immer stärker den Anschluss verliert und ausgegrenzt zu werden droht. Diese Gruppe findet keinen Zugang zur Schulform Gymnasium, der in allen Bundesländern nach leistungsbezogenen Kriterien gesteuert wird¹⁸. Diese Gruppe bleibt in ihren testbaren Schulleistungen immer weiter hinter den Anforderungen zurück.

Die Schulformen, die mit dieser Schülerklientel arbeiten, geraten in der gesellschaftlichen Anerkennung leicht an das Ende der Fahnenstange, einst unverdientes Schicksal der Hauptschule. Anerkennung, Anerkennung vor allem in Form von Übergangsquoten erhält die Schulform, die sich der Beschulung dieser Schülergruppe durch Übergangsbeschränkungen und Abschlusssregelungen weitgehend entziehen kann: das

„Die sozialen Disparitäten im Bildungsbereich sind unverändert stark ausgeprägt“.

Gymnasium. Die Folge für die anderen Schulformen ist bundesweit der zunehmende Verlust der Heterogenität ihrer Schülerschaft im mittleren und oberen Leistungsbereich, und das wieder mit der Konsequenz, dass sich die Spirale kompensatorischer Aufwendungen immer weiter dreht.

Was tun?

Der Bildungsbericht 2018 gibt eine umfassende Beschreibung und klare Analyse der Bildungssituation in Deutschland und benennt auch die Handlungsfelder und Handlungsbedarfe, macht aber in Bezug auf die Systemfrage nur sehr begrenzte Lösungsvorschläge. Die hierarchische Grundstruktur des Schulsystems wird nicht in Frage gestellt¹⁹.

Nach dem wiederholten Scheitern von Gesamtschulplänen als ersetzender Schulform (Gesamtschulversuch, Koop-Schule in NRW, Gemeinschaftsschule in SH etc.) hat die Sozialdemokratie in der Bildungsexpansion letztlich auf das falsche Pferd gesetzt, das Gymnasium, das mit steigenden Übergangszahlen die Bildungsselektion nicht abschafft, aber nicht unwesentlich verschiebt mit Auswirkungen auf die soziale Orientierung, das soziale Verhalten und die persönlichen Schullaufbahnentscheidungen der bildungsorientierten Mittelschicht.

Die hierarchische Grundstruktur des Schulsystems wird nicht in Frage gestellt

Allein mit Kompensationspolitik und Kompensationspädagogik wird der sozialen Segregation im Schulbereich nicht zu begegnen sein. „Eine Schule für alle“, nach wie vor eine sozialdemokratische Zielvorstellung, um nicht zu sagen Utopie, und noch nicht überall aus dem Parteiprogramm verbannt²⁰, wird sich in absehbarer Zeit nicht verwirklichen lassen. Doch was ist die Alternative?

Es braucht schon einen neuen Ansatz der strukturellen Veränderung: So wie konservativ orientierte Landesregierungen immer wieder versuchen, durch vielfach eher unauffällige gesetzgeberische Maßnahmen ein hierarchisch gegliedertes Schulsystem zu erhalten oder wieder zu stärken, müsste eine Politik der kleinen Schritte in die andere Richtung gehen.

Entscheidend für die Frage der Organisation der selektiven Funktion eines Systems ist nicht die Zahl der Schulformen, entscheidend sind ihre Aufgaben und ihr Verhältnis zueinander. Bestimmende Kategorien dafür sind: Gelten zwischen den Schulen/Schulformen Abschlusssregelungen, welche Abschlüsse und Berechtigungen darf die Schule vergeben, wie ist die institutionalisierte Beteiligung an den Aufgaben der Integration und Inklusion sowie die Organisationsform (Ganztags- oder Halbtagschule).

Wie in den zweigliedrigen Systemen der Stadtstaaten sollte es nur noch Schulformen geben, die, jede auf ihre Weise, zum höchsten möglichen Schulabschluss, der allgemeinen Hochschulreife, dem Abitur, führen. Ein entscheidender zweiter Schritt wäre eine konsequente Kultur des Behaltens, d.h. des Verbleibs der Schülerin/des Schülers in der Schulform, die sie/ihn aufgenommen hat. Und der dritte Schritt wäre die für alle Schulformen geltende Verpflichtung, sich in gleicher Weise den Aufgaben der Integration und Inklusion zu stellen. Auf dieser Basis bekommt eine an Standortbedingungen ausgerichtete Kompensationspolitik, eine Ressourcensteuerung, die „Ungleiches ungleich“ behandelt ein völlig anderes Gesicht. Diesen Ansatz könnte man als Konvergenzstrategie²¹ bezeichnen mit dem Ziel eines gleichwertigen und gleichberechtigten Schulangebots, das für alle Schülerinnen und Schüler erreichbar ist, und zwar ohne räumliche, soziale oder durch Leistung definierte Barrieren²². Solange dies nicht der Fall ist, gibt es – streng genommen – in Deutschland keine Möglichkeit, ein nicht durch äußere Formen der Selektion gekennzeichnetes Schulsystem zu wählen.

Quellen:

spw Sozialistische Politik und Wirtschaft 238 - 03/2020, S. 32 - 37.
 Nachdruck mit freundlichem Einverständnis der Redaktion. Erweiterte Fassung im Archiv der spw
<https://www.spw.de/jahresregister-2020/>

► Anmerkungen zu den Fußnoten 1-22 stehen auf der GGG Website



Schulstruktur NRW: ein Flickenteppich



Abiturientinnen und Abiturienten an Gesamtschulen 2020

Bildungskarrieren, Schulerfolg und die Leistung der Schulform

Im Jahr 2009 haben GGG NRW und SLV-GE-NRW im Rahmen einer Untersuchung zu den Schulformempfehlungen der damaligen Abiturient*innen die Fragwürdigkeit dieser Empfehlungen hinsichtlich ihres Prognosewerts nachgewiesen. Vieles hat sich seit 2009 verändert, die Daten werden häufig zitiert und bedürfen einer Aktualisierung.

Anfang 2020 wurden die Gesamtschulen mit der Bitte angeschrieben, die Daten ihrer Abiturient*innen für eine neue Erhebung zur Verfügung zu stellen. 229 von 345 Gesamtschulen führen derzeit Schüler*innen in der Jahrgangsstufe Q2, die übrigen Schulen sind später gegründet worden und noch im Aufbau. 96 dieser Schulen haben geantwortet. Das entspricht einer Teilnahmequote von 42% aller Abiturient*innen an Gesamtschulen.

Die wichtigsten Ergebnisse

Die Grundschulempfehlungen haben keinen prognostischen Wert.

Noch deutlicher als im Jahr 2009 zeigt sich im Jahr 2020 der geringe Prognosewert der Grundschulempfehlungen. Nur 21% der Abiturient*innen an Gesamtschulen waren am Ende ihrer Klasse 4 als gymnasialgeeignet prognostiziert. 79% der Abiturient*innen hatten eine andere Prognose und haben ihr Abitur entgegen der Empfehlung erreicht.

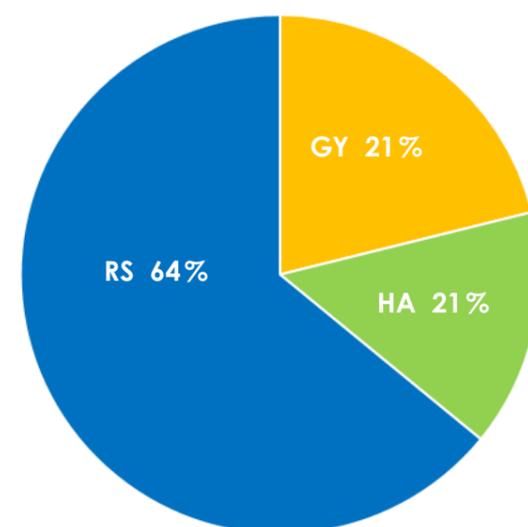
	HA	RS	GY
2009	17,8%	52,2%	29,5%
2020	14,8%	64,1%	21,1%

Auffällig sind die gesunkenen Werte für die Hauptschul- und die gymnasiale Empfehlung.

Festzustellen ist eine deutliche Spreizung dieses Mittelwerts beim Vergleich der Gymnasialempfehlungen nach Standorttypen. Besonders hervorstechend ist mit 13,9% die niedrige Quote der Gymnasialempfehlungen an den Schulen des Standorttyps 5: hier werden die besonderen Herausforderungen dieser Schulen deutlich und die hervorragenden Leistungen dieser Schulen bei der Förderung ihrer Schüler*innen.

Das Raster der lediglich 5 Standorttypen mit der besonders weiten Definition des Typs 5 ist jedoch viel zu grob. Mit dem Konzept der Standorttypen werden die realen Belastungen nicht hinreichend abgebildet. Ein möglicher Ersatz für die Standorttypen wäre ein schulscharfer Sozialindex, der auf den Merkmalen der die Schulen tatsächlich besuchenden Schüler*innen basiert.

Grundschulempfehlungen 2020



Kinder mit Migrationshintergrund werden zusätzlich benachteiligt

Für die Abiturient*innen des Jahrgangs 2020 mit Migrationshintergrund ergibt sich eine noch deutlichere Fehleinschätzung ihrer Fähigkeiten im 4. Schuljahr. Nur 11% der Abiturient*innen mit Migrationshintergrund wurde die Prognose GY zuerkannt. Es ist ein großer Erfolg dieser Jugendlichen und der Schulform, wenn 89% trotz einer HA/RS Empfehlung den letzten Jahrgang der Oberstufe besuchen.

Das System der Abschlussschulung benachteiligt die Schüler*innen an Gymnasien

Jährlich haben in der Sekundarstufe I 910 Schüler*innen vom Gymnasium zur Gesamtschule gewechselt. Man kann davon ausgehen, dass die überwiegende Mehrheit dieser Übergänger abgeschult wurde. Von den 910 Schulformwechslern haben 47% entgegen der Prognose der Gymnasien das Abitur erreicht.

Das Ergebnis wirft ein besonderes Licht auf die Abschlussschulungspraxis der Gymnasien und deren Validität. Eine Kultur des Behaltens wäre ein wichtiger Schritt, um dieser Benachteiligung vieler Schüler*innen vorzubeugen und Fehlentscheidungen zu vermeiden.

Die vorliegenden Daten und Ergebnisse weisen nach, dass

- die Schulformempfehlung als prognostisches Instrument untauglich ist,
- der Übergang von den Grundschulen zu den weiterführenden Schulen sozial selektiv ist und Schüler*innen aus sozial nicht privilegierten Schichten benachteiligt,
- die Zuweisung der Schüler*innen zu verschiedenen Schulformen nach dem 4. Schuljahr zumindest zu früh erfolgt,
- im integrierten Schulsystem vielen Schüler*innen eine erhöhte Bildungsteilnahme ermöglicht wird,
- den integrierten Schulen eine Förderung der Schüler*innen in einem besonderen Maße gelingt,
- Lernen an Gesamtschulen in leistungsheterogenen Lerngruppen leistungsschwächere Schüler*innen stärkt, ohne leistungsstärkere Schüler*innen zu hemmen.

Wir empfehlen darum dringend:

1. die Abschaffung der Schulformempfehlungen der Grundschulen,
2. die schnellstmögliche Einführung eines schulscharfen Sozialindex
 - der auf den Merkmalen der die Schulen tatsächlich besuchenden Schüler*innen basiert
 - als Steuerungselement für die Ressourcenzuweisung an die Schulen,
 - als Grundlage für faire Leistungsvergleiche zwischen den Schulen,
3. die Bereitstellung ausgewiesener Ressourcen für die Förderung von Seiteneinsteiger*innen in der SII (z.B. im Rahmen eines Ganztagszuschlags wie in SI),
4. ein Abschlussschulungsverbot für Gymnasien und Realschulen in Verbindung mit der rechtlichen Möglichkeit, auch an diesen Schulformen alle Schulabschlüsse der Sek I zu erreichen,
5. die Beteiligung der Gymnasien an der Bewältigung der gesellschaftlichen Aufgaben (Inklusion, Integration, ...) und damit eine Angleichung der Anteile an den Standorttypen,
6. zur Lösung aller beschriebenen Probleme: die Weiterentwicklung des Schulsystems: hin zu der eine Schule für alle mit den Klassen 1 bis 13 – z.B. durch eine schrittweise Annäherung der Profile aller Schulformen in NRW.

Quellen:

Aus gemeinsamer Pressemitteilung von GGG NRW und SLV GE NRW vom 3.08.2020

Ausführlich in: ISA IV/2020, Abi 2020, Bildungskarrieren, Schulerfolg und die Leistung der Schulform, Seite 25-63, Rainer Dahlhaus, Achim Elvert, Werner Kerski, Erhard Schoppengerd



Ausführlich in: DSfa 1-2021, Erfolg der Schulform Gesamtschule - am Beispiel der Abituruntersuchung NRW, Seite 4-24, Rainer Dahlhaus, Achim Elvert, Werner Kerski, Erhard Schoppengerd



Qualitätsdebakel Inklusion

Wie man Verantwortung von oben nach unten abschiebt

Dagmar Naegle

Die jetzige Landesregierung hatte eine Qualitätsoffensive für die inklusive Bildung an den weiterführenden Schulen versprochen. Was ist stattdessen passiert?

Gesagt, getan: ein Kriterienkatalog wurde erstellt, die Neuausrichtung der Inklusion mit verbesserter Qualität propagiert.

Die Verantwortung wird weitergegeben

Das Ministerium beauftragte nun die nachgeordneten Behörden der Kommunen und Bezirksregierungen mit der Umsetzung der „Qualitätsoffensive“ und gab damit wohlwissend die Verantwortung ab. So weit so gut? Die Qualitätsüberprüfung sollten nun die Dezernate in den Bezirksregierungen übernehmen. Hier sind die fachpädagogische Kompetenz und die Nähe zu den Schulen gebündelt.

Die Verantwortung der Kommunen: 25 sind nicht 25

Die Formel 25:3:0,5, also 25 Kinder in einer inklusiven Klasse, bei drei Kindern mit Förderbedarf und einem Stellenzuschlag von 0,5 mit ausgebildeten Förderlehrer*innen erweckte begründete Hoffnung in den Schulen, stellte sich aber bald als nicht rechtlich verbindliche sondern „rechnerische“ Größe, also unverbindlich heraus. Die Entscheidung über die Klassengröße wurde zudem den kommunalen Schulträgern überlassen. Ein fatales Abschieben der bildungspolitischen Verantwortung auf die kommunale Ebene. Kommunale Träger haben ein divergierendes Eigeninteresse, nämlich das der Kostenneutralität. Da erhöht man aus baulicher Not ziemlich ungehört die Klassengröße. Abgesehen davon, dass mit dieser Formel die Zahl der Förderkinder in einer inklusiven Klasse mal gleich auf drei erhöht wurde, ist der zugelegte Stellenzuschlag angesichts des Mangels an sonderpädagogischem Personal gar nicht umzusetzen.

Die jetzige Unterbesetzung mit sonderpädagogischem Fachpersonal verändert schon seit längerem die Strukturen in den Klassen und Schulen, die inklusiv sind: pädagogisch, organisatorisch und disziplinarisch. Dieser Prozess setzte mit

der flächendeckenden Umsetzung der Inklusion ein. Neben viel Professionalität und guter Pädagogik insbesondere in den Schulen, die schon länger Inklusion anbieten, finden sich aber zunehmend neugegründete Gesamt- und Sekundarschulen, Schulen im ländlichen Bereich und sozialen Brennpunkten in förderpädagogisch prekärer Situation wieder.

Die Gründung der Initiative der Schulen in besonderen Lagen, heute als „Schule hoch Drei“ benannt, sind ein deutlicher Hilferuf. Hilferufe kamen auch aus einer Gesamtschule in Duisburg Mitte, einer Sekundarschule in Wülfrath, einer Gesamtschule in Bergisch-Gladbach. Die Schulleitungen sahen sich nicht in der Lage die Bedingungen für die Inklusion zu erfüllen: sie fordern die Einhaltung der 25er Größe ein, sie weisen darauf hin, dass die räumliche Ausstattung eine Betreuung bestimmter Förderbedarfe an ihren Schulen gar nicht zulasse, sie mahnen an, dass Förderlehrer*innen nicht zur Verfügung stehen.

Fehlende sonderpädagogische Kräfte müssen durch allgemeine Lehrkräfte ausgeglichen werden, die auch bei permanenter Fortbildung, die real gar nicht stattfinden kann, zunehmend in die Überforderung kommen. Dies alles auf der Basis einer in vielen Schulen allgemeinen Unterbesetzung mit Lehrer*innen potenziert die Situation.

Die Antworten der Bezirksregierungen an die Schulen sind beschämend: Keine Schule wurde von ihnen dem Ministerium als „nicht geeignet“ gemeldet, eine Einschätzung, die die Realität an den Schulen schlicht ausblendet. Kritische Anfragen werden z.B. beschieden mit dem Hinweis, die Schule habe doch immer schon unter den gegebenen Bedingungen Inklusion gemacht, also: weitermachen.

Wo bleibt die Verantwortung der Gesamtschuldezernate für die Gesamtstruktur der integrierten Schulformen?

Eigentlich muss man erwarten, dass die schulfachlichen Dezernate ihrer ureigenen Aufgabe nachgehen, nämlich die pädagogische Struktur einer Gesamtschule und Sekundarschule zu schützen und zu fördern. Also müssten sie Sturm

laufen gegen das ministerielle Abschieben der Verantwortung. Sie sollten sich ausdrücklich und konsequent vor ihre Schulen stellen.

Die Bezirksregierungen sind nun mit der sogenannten „gerechten Verteilung des Mangels“ beauftragt. Der Begriff „Umsetzung“ bekommt hier eine neue konkrete Definition. Dazu gehören die Verteilung der wenigen Förderlehrer*innen auf Stadt und Land, was insbesondere außerhalb der positiven Schwarmstädte zu eklatanten Ungerechtigkeiten führt, da bekanntermaßen junge und qualifizierte Kräfte in die Großstädte drängen und sie sich wegen des Lehrermangels aussuchen können wo sie arbeiten wollen.

Dazu gehört auch, dass „ermutigt“ wird, anstatt der fehlenden Förderlehrerinnen doch Kräfte für „Multiprofessionelle Teams“ einzustellen. Das sei doch auch etwas in der Not. Oder es soll die Möglichkeit der Einstellung von Fachlehrer*innen genutzt werden. Stellen sind genug da. Wie wahr. Anmerkung: da es Lehrermangel gibt, ist das Füllhorn-Angebot von Stellen fast zynisch zu nennen, sie können nur schwer besetzt werden und laufen reihenweise leer.

Die Verantwortung wird damit an die Kollegien und Schulleitungen durchgereicht.

Womit sich ein weiterer Bereich des Qualitätsdebakels auftut: Schulleitungen werden nun durch ihre Dezernate gezwungen, den Mangel nicht nur zu verwalten, sondern ihn langfristig anzunehmen und vor allem: kein Klagen dazu aufkommen zu lassen.

Überlastungsanzeigen, so geschehen in Duisburg, Wülfrath, Bergisch-Gladbach und anderswo, werden formalistisch abgewiesen. Besonders problematisch ist, wenn es von der Bezirksregierung Sprechverbot für eine Schulleitung gibt, die auf Nachfrage des Schulträgers, in einer immerhin öffentlichen Schulausschusssitzung, die schwierige Situation der eigenen Gesamtschule darlegt. Hier wird massiv Druck ausgeübt, keine Öffentlichkeit herzustellen. Eigentlich ist es doch eine Aufgabe der Fürsorge der Dezernate für ihre Schulleitungen die Sachlagen vor Ort, die allen bekannt sind, deutlich an die zuständigen Stellen zurückzumelden und sich verantwortlich zu äußern, ob das etablierte Anspruchsniveau des Ministeriums an die Schulen überhaupt zu erfüllen ist.

Besonders deutlich wird das Qualitätsdebakel, wenn als Lösung eines Personalproblems einer Schule von anderen Gesamtschulen z.B. Abordnungen von Förderlehrer*innen angeordnet werden, so geschehen im RP Köln. Grundsätzlich sind Abordnungen akzeptable Möglichkeiten, kurzfristig für Schulen Entlastung zu schaffen. Konsequenz ist aber immer eine strukturelle Unruhe und steigende Verunsicherung in den Kollegien: Wer muss gehen? Wie kann ein kurzfristig abgeordneter Lehrer ersetzt werden? Wenn diese Abordnungen aber auch noch von Schulen erfolgen, die selbst im sozialen Brennpunkt arbeiten müssen und deren gesamte Planung für das nächste Schuljahr abgeschlossen ist, ergibt sich das nächste Debakel: Es entsteht ein Verteilungskampf der Gesamtschulen und Sekundarschulen untereinander und in ihren Kommunen. Wer hat den größeren Bedarf, wo kann man Kindern mit Förderbedarf weiter zumuten, dass ihr Rollstuhl keinen Fahrstuhl hat, es an Differenzierungsräumen fehlt, die Ausstattung für einzelne Förderbereiche nicht vollständig ist. Dies alles führt keinesfalls zu einer Qualitätsverbesserung.

Fazit

Das Durchreichen der Verantwortung auf die einzelne Schule und ihre Leitung verändert die inneren Strukturen einer Gesamtschule oder Sekundarschule schleichend und langfristig negativ.

Kritik führt doch zu nichts...?

Nun lässt sich trefflich einwenden, dass es wegen des Lehrermangels nun mal so sei und alle ihr Bestes geben müssen. Und das höchste Professionalität von Schulleitungen eingefordert wird. Auch das ist wahr.

Aber, wer hält was für das Beste?

Eine Verschleierung der Situation in den Schulen und Sprechverbote sind nicht das Beste sondern erinnern bestenfalls an den bekannten Vogel Strauß.

Die Situation muss auf allen Ebenen und von allen Beteiligten klar und mutig benannt werden. Nur Ehrlichkeit führt hier zu notwendigen politischen Prioritätensetzungen. Die Landesregierung bleibt in der Verantwortung für die Umsetzung der Inklusion. Den Gesamt- und Sekundarschulen ist mit Lobhudelei, sie seien die Besten in der Umsetzung der Inklusion, angesichts der eklatanten Strukturveränderungen nicht weiter geholfen. Oder ist es beabsichtigt, die integrierten Schulen schleichend zur Restsäule der weiterführenden Schulbildung werden zu lassen?

Im Bereich der Personalpolitik des Landes muss das Beste wohl neu bedacht werden. Wie hat die Verteilung von Förderlehrer*innen und Regellehrer*innen zukünftig stattzufinden? (Vgl. auch Behrend Heeren, Seite 2ff). Kann der Grundsatz, zuerst die Förderschulen mit Lehrpersonal zu bestücken, dann erst die weiterführenden Schulen, so beibehalten werden?

Es ist Rechtssicherheit zu schaffen, dass Stellen, die einer Schule nach ihrem Bedarf zugewiesen sind, auch dort verbleiben. Die Regel 25: 3: 0,5 muss rechtssicher sein und nicht als Scheinformel zur Medienwirksamkeit mutieren. Ein kind- und schulwirksamer Sozialindex zur Verteilung der personellen und sächlichen Mittel muss endlich vom Land umgesetzt werden.

Die GGG verweist an dieser Stelle besonders auf die Auswirkung des Qualitätsdebakels für die integrierten Systeme der Gesamt- und Sekundar-

schulen. Es soll dabei nicht vergessen werden, dass Hauptschulen und Realschulen in gleicher Form betroffen sind. Und letztendlich sind die Gesamtschulen, Sekundarschulen, Realschulen und Hauptschulen bestimmt nicht darauf abonniert, in der Inklusion, immerhin eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, allein die Besten zu sein.

Dass das Gymnasium sich weiterhin durch erklärten politischen Willen der Landesregierung aus der Inklusion verabschieden darf, wird angesichts der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe Inklusion immer absurder und muss vom Land korrigiert werden. Wir laden die Gymnasien ein, am Qualitätsdebakel Inklusion teilzunehmen.

Quelle:  ISA III/2019, Seite 5-9

ment Nicht-schulisches Personal im Pool, um Kosten für Einzelassistenzen zu sparen. Wer also Zweifel an den steigenden Kosten der Kommunen hat, fördert nicht Inklusion, sondern bremst sie aus. Denn mitnichten werden aus dem strittigen Korb II für das Nicht-schulische Inklusionspersonal der Kommunen auch die schulischen Assistenzen der Sozial- und Jugendhilfe unterstützt oder finanziert.

Auf diesen Missstand hatte bereits das Gutachten des Wuppertaler Instituts zur Inklusionspauschale 2019 hingewiesen und der Landesrechnungshof (LRH) hatte entsprechende Klarheit gefordert. Die fortbestehende Intransparenz wurde auch bei der Vorstellung des 2. Teilhabeberichts aus NRW im Inklusionsausschuss des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales deutlich. Denn auch hier fehlen belastbare Daten für Kinder und Jugendliche gänzlich und sollen auch nicht erhoben werden. Die inklusive Teilhabe von Kinder- und Jugendlichen zu evaluieren, wurde schlicht in allen Ministerien versäumt, statt übergreifende Synergien zu entwickeln, Schulen zu stärken und Kommunen zu entlasten.

Gerade erst Anfang September hat Deutschland eine schallende Ohrfeige aus Genf beim Staatenbericht zur schulischen Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention erhalten, weil zu viele Kinder und Jugendliche in Förderschulen und Sonderklassen unterrichtet werden. Weil aber die schulische Förderquote in NRW bei fast 10 % aller Kinder und Jugendlichen liegt und eine bislang noch nie erfasste große Anzahl an Kindern und Jugendlichen hinzukommt, die eine Teilleistungsstörung wie LRS oder Dyskalkulie haben oder unter chronischen Erkrankungen leiden, ist eine chancengleiche Förderung wichtiger denn je. Dazu kommen noch viele Kinder und Jugendliche, die aufgrund von Fluchterfahrung mit psychosomatischen Belastungen und anderen Beeinträchtigungen zu kämpfen haben. Der Bedarf an zusätzlicher personeller und finanzieller Unterstützung ist enorm gewachsen, dies ist auch ohne die fehlenden belastbaren Daten in der Praxis klar erkennbar.

■ **Deshalb fordern wir alle Abgeordneten des Landtags in NRW auf: Bitte sorgen Sie dafür, dass auskömmlich Mittel bereitgestellt werden und zeitgleich Qualitätssicherung durch faktenbasierte Evaluation möglich wird. Schulen, Kommunen, Eltern und Kinder benötigen jetzt Planungssicherheit!**

■ **Liebe Eltern, liebe Lehr- und Fachkräfte, nehmen Sie am bundesweiten Bildungsprotesttag am 23. September 2023 in Köln auf dem Heumarkt teil! Die Aufforderung der Staatenprüfung an NRW war eindeutig: Endlich die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen, d. h. die zwingend notwendige Investition und Qualitätssicherung in die Bildung unserer Kinder und damit in die Zukunft unseres Landes vorzunehmen!**

Dortmund, 21. September 2023



Erol Celik
(Vorsitzende) Elternnetzwerk NRW
Integration miteinander e.V.



Dr. Aysun Aydemir
(Vorsitzende) Föderation Türkischer Elternvereine e.V. (FÖTEV NRW)



Andreas Tempel
(Vorsitzender) Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule-Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V. (GGG NRW e.V.)



Henrich Berkhof
(Vorsitzender) Gemeinsam Leben, Gemeinsam Lernen e.V. (GLGL e.V.)



Andrea Honecker
(Vorsitzende) Katholische Elternschaft D in NRW (KED NRW e.V.)



Christian Beckmann
(Vorsitzende) Landeselternkonferenz NRW (LEK NRW)



Bernd Klagge
(Vorsitzender) Landeselternschaft der Förderschulen mit dem Schwerpunkt geistige Entwicklung und Motorische Entwicklung in NRW e.V.



Kristine Scholz-Linnert
(Vorsitzende) Landeselternschaft der Grundschulen NRW (LEGS NRW e.V.)



Oliver Ziehm
(Vorsitzender) Landeselternschaft der Gymnasien e.V.



Gerhard Jansen
(Vorstand) Landeselternschaft der Realschulen in NRW e.V. (LERS NRW e.V.)



Elmar Schmitz
(Vorsitzender) Landeselternschaft der integrierten Schulen in NRW e.V.



Klaus Amonet
(Vorsitzender) Progressiver Eltern- und Erzieherverband NRW e.V.



Alexandra Althaus
Bundesverband Down-Syndrom e.V. (BVDS e.V.)

Gemeinsame Presseerklärung

Elternvertretungen entsetzt... über fehlende Planbarkeit bei der Inklusion

Da wird im ganzen Land über mangelnde Bildung und fehlende Schulabschlüsse geklagt und zeitgleich will das Land NRW nun die erforderliche Inklusionspauschale erst einmal evaluieren, statt notwendige, höhere Mittel bereitzustellen. Zwar versichern CDU und Grüne, wie wichtig ihnen die Inklusion sei, doch kann die Ministerin den Kommunen lediglich 10 Millionen für den Korb I zur sächlichen Inklusionsausstattung zusichern und will darüber hinaus der Forderung des Landesrechnungshofes folgend die dringend notwendigen Mittel für Nichtschulisches Personal erst prüfen. Das ist alles andere als Planungssicherheit für die Kommunen und Schulen. Die Landesregierung handelt ohne faktenbasierte Basis. Zurzeit können die Ministerien weder solide Aussagen darüber treffen, wie viele qualifizierte oder nicht qualifizierte Assistenzkräfte über die Sozial- oder Jugendhilfe in Schulen

tätig sind, noch wie viel Nicht-schulisches Personal über die Inklusionspauschale in den Schulen eingestellt wurde. Noch weniger kann der Erfolg evaluiert werden. Es fehlen die notwendigen Qualitätskriterien im Landesausführungsgesetz und auch im Schulgesetz, die viele Landeselternverbände seit Jahren einfordern. Der Einsatz von persönlicher Assistenz über die Sozial- und Jugendhilfe als auch von Nicht-schulischem Personal der Schulverwaltungen ist Gelingensbedingung für eine erfolgreiche Teilhabe in inklusiven Schulen wie auch in Förderschulen. Es braucht daher fundierte Standards und Qualitätskriterien, damit die Schulen endlich die notwendigen Mittel erhalten und Erfolg evaluiert werden kann.

Da die Kommunen aber seit Jahren unter der wachsenden Anzahl von Bedarfen ächzen, suchen sie Auswege und beschäftigen zuneh-

Die Bildungskatastrophe

naht nicht, wir sind schon mittendrin...

Andreas Tempel

Hier soll keinesfalls die Lage dramatisiert werden, aber angesichts **8000 fehlender Lehrkräfte** allein in NRW lässt sich die Situation nicht mehr schönreden.

Die uns anvertrauten Schülerinnen und Schüler kämpfen mit den Spätfolgen der Pandemie auf unterschiedlichen Ebenen – fachlich und sozial. Gleichzeitig kämpfen Lehrerinnen und Lehrer für ‚ihre‘ Kinder und werden ständig mit neuen Aufgaben betraut, die nicht in diese Zeit passen.

Neue Fächer

Das betrifft zum Beispiel die Einführung und Umsetzung neuer Lehrpläne oder gar Fächer. Die Umsetzung der alten Lehrpläne ist schon nicht zu schaffen nach Corona. Es wird nicht entschlackt, es kommt Neues dazu. Schule wird wieder vom Gymnasium hergedacht. Weiter sind wir noch nicht gekommen. Neue Fächer werden für die Gesamtschulen eingeführt, z.B. das Fach Informatik – ohne dafür die ausgebildeten Lehrkräfte auch nur im Ansatz an Bord zu haben.

Und die Neuaufteilung des Faches WP Arbeitslehre/Technik mit dem verpflichtenden neuen Fach Wirtschaftswissenschaften wird nicht folgenlos bleiben: Auch hier stehen Lehrerinnen und Lehrer nicht Schlange, um dies zu unterrichten. Diese Neuaufteilung verhindert, dass bessere Abschlüsse erreicht werden können von Schülerinnen und Schülern, denen das Praktische mehr liegt. Sie werden einmal mehr zu Bildungsverlierern.

Lehrermangel

Die neueste, nicht unerwartete Baustelle ist die des Lehrkräftemangels. Gut ist die Nachricht aus dem MSB, dass das Problem nicht über Vorgriffstunden geregelt werden soll, gut ist auch, dass A13 für alle schrittweise umgesetzt werden soll. Die im Dezember vorgestellten Maßnahmen wirken allerdings nur schwach und nicht ausreichend. Hinweise zur konkreten Umsetzung sind bis jetzt an den Schulen nicht eingegangen. Die Wirksamkeit noch für dieses Schuljahr darf bezweifelt werden. Darüber hinaus scheint die Ge-

winnung von Alltagshelfern und Seiteneinsteigern angesichts des allgemeinen Mangels an Arbeitskräften nicht zielführend. Hohe juristische Hürden verhindern auch noch eine angemessene Vergütung. Als Beispiel sei genannt, dass eine Person, die ‚nur‘ ein Diplom als Abschluss vorlegen kann, das aber aus einem Zeitraum datiert, als es noch gar keinen Masterabschluss in Deutschland gab, trotzdem eine Gehaltsstufe niedriger als ein Seiteneinsteiger mit Masterabschluss eingestellt wird. Dass diese Person definitiv den höher gewichteten Masterabschluss zu dem Zeitpunkt in Deutschland nicht ablegen konnte, wird nicht berücksichtigt. Eine solche Regelung schreckt potenzielle Bewerber ab.

KMK-Empfehlungen

Die Stellungnahme der ständigen wissenschaftlichen Kommission der KMK, die ‚Empfehlungen zum Umgang mit dem akuten Lehrkräftemangel‘, arbeitet mit unerwartet vielen unangenehmen Vorschlägen vor allem für die Lehrkräfte im Bestand. Da tauchen dann doch plötzlich Vorgriffstunden als Idee auf, wie die Beschränkung anlassloser Teilzeit und die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtungen für ältere Lehrkräfte. Diese Maßnahmen werden die Attraktivität des Lehrberufs nicht steigern.

Flexibilisierung durch Hybridunterricht, Erhöhung der Selbstlernzeiten sowie Anpassung der Klassenfrequenz stehen ebenfalls im Maßnahmenkatalog. Wie realitätsfern diese Maßnahmen sind, wird schnell deutlich. Hybridunterricht benötigt die entsprechende Technik sowie Lehrer und Schüler, die mit dieser Technik auch umgehen können. Selbstlernzeiten sowie gelingender Hybridunterricht funktionieren auch nur mit einer entsprechenden Schülerschaft. Zur Erhöhung der Klassenfrequenzen an Schulen des längeren gemeinsamen Lernens muss ich mich im Detail wohl nicht äußern – wie voll sollen die Klassen in unserem System denn noch werden? Und mit diesen noch größeren Klassen funktionieren Hybridunterricht und Selbstlernzeiten natürlich noch weniger.

Und eine der verpflichtenden Klassenarbeiten im 10. Jahrgang wegen der zentralen Prüfungen 10

zu streichen - wie aus dem ‚Handlungskonzept Unterrichtsversorgung‘ des MSB hervorgeht - ist ein netter Anfang. Weniger schriftliche Klassenarbeiten tun Not! Alternative Prüfungsformate sind bereits vorhanden, sie müssen erlaubt, ermöglicht – und Lehrerinnen und Lehrern nahegebracht werden. Damit wäre die Qualitätsdiskussion vom Tisch. Parallel ist die Entschlackung von Lehrplänen angezeigt. Weniger wäre mehr –

im Sinne des Lerngewinnes der Schülerinnen und Schüler, um wieder bei Gelingensbedingungen anzukommen! Wir werden die Entwicklungen weiter kritisch beobachten.

Quelle:.....



ISA I/2023, Seite 2-4

NRW-Sozialindex

Fortschritt im Schnecken tempo

Werner Kerski

Unter dem Schlagwort „Ungleiches ungleich behandeln“ fordert die GGG NRW seit vielen Jahren die Einführung eines schülerscharfen Sozialindex für die Ressourcenzuweisung an Schulen. Ein Sozialindex löst sicher nicht alleine die Wirkung der sozialen Segregation durch das gegliederte Schulsystem, er kann aber die sozial benachteiligten Schüler*innen gezielt fördern und zu einer Verringerung von Chancenungleichheit beitragen.

Schon in der ersten PISA-Studie aus dem Jahr 2000 wurde festgestellt:

„Während in Deutschland die Kopplung von sozialer Lage der Herkunftsfamilie und dem Kompetenzerwerb der nachwachsenden Generation ungewöhnlich straff ist, gelingt es in anderen Staaten ganz unterschiedlicher geographischer Lage und kultureller Tradition, trotz ähnlicher Sozialstruktur der Bevölkerung, die Auswirkungen der sozialen Herkunft zu begrenzen.“

Dieser Befund wurde in allen Nachfolgeuntersuchungen bestätigt und stets mit großer Betroffenheit der Politik wahrgenommen. In Großstädten verschärft die Konzentration benachteiligter Schüler*innen in bestimmten Stadtteilen die Situation. Im Ruhrgebiet stellt z. B. die A40 einen

sogenannten Sozialäquator dar. Hier haben wir in bestimmten Stadtteilen nördlich der A40 SGB II-Quoten zwischen 20% und 50 % der Erwachsenen. Die Konzentration der sozial benachteiligten Schüler erhöht sich noch einmal durch die ungleiche Verteilung auf die Schulen.

Personalausgaben für Schulen: NRW auf einem Abstiegsplatz

Insgesamt gibt NRW viel zu wenig Geld für die Bildung aus. Im Bildungsfinanzbericht des Statistischen Bundesamtes (DESTATIS) werden die Personalausgaben der Bundesländer verglichen.

Jahr Bundesland	2005	2010	2015	2020	2021	2005 Steigerungsrate
Nordrhein-Westfalen	4600	5200	6000	7700	8300	+80%
Hamburg	5900	7100	8600	11500	11700	+98%
Deutschland	4900	6000	6900	8700	9200	+88%

Tabelle: Personalausgaben für öffentliche allgemeinbildende und berufliche Schulen je Schüler/in in Euro

NRW gibt für Personal mit 8300 € pro Schüler*in im Jahr 2021 im Bundesvergleich sehr wenig aus, nur Mecklenburg-Vorpommern mit 8200 € weniger. Um den Bundeswert von 9200 € zu erreichen, müsste der Personalansatz in NRW um 11% gesteigert werden.

Richtig ist, dass NRW seine Personalausgaben seit 2005 stetig gesteigert hat, worauf die jeweilige Landesregierung voller Stolz hinweist. Nur, die anderen Bundesländer steigern ihre Ausgaben auch!

NRW gibt nicht nur viel zu wenig aus, das Geld wird zudem im Wesentlichen per Gießkanne verteilt. Die Verlängerung der Schulzeit durch das Sitzenbleiben kostet sehr viel Geld. Die Unterfinanzierung der Grundschulen im Vergleich zur Sekundarstufe II wurde mehrfach kritisiert. Ein Sozialindex wird in NRW nur sehr zögerlich entwickelt.

Anders in Hamburg: Schon 1996 hat Hamburg einen schulbezogenen Sozialindex für alle Grundschulen und im Jahr 2000 für die weiterführenden Schulen eingeführt. Das Verfahren für die Berechnung des Sozialindex und die Personalausweisungen für die Schulen wurde in all den Jahren kontinuierlich weiterentwickelt.

Sozialindex in NRW – seit 2006 eine Geschichte der Ankündigungen

Erstmals im Jahr 2006 wurden in NRW 900 Stellen für einen „Sozialindex“ für Grundschulen in den Haushalt eingestellt. Wenige Jahre folgten die Hauptschulen mit 250 Stellen. Das Verteilungsverfahren war wenig objektiviert. Den Kreisen wurde ein Kreis-Sozialindex zugeordnet (Indikatoren: Arbeitslosenquote, Sozialhilfequote, Ausländeranteil und Anteil an Wohnungen in Einfamilienhäusern). Von den wenigen Stellen wurden 70% nach dem Kreis-Sozialindex verteilt. Die Verteilung auf die einzelne Schule erfolgte händisch, also ohne Datengrundlage, nach Wissen und Gefühl der Schulaufsicht.

Über die Einführung eines Sozialindex für alle Schulen gab es in den folgenden Jahren immer wieder folgenlose Absichtserklärungen. Im Koalitionsvertrag der ersten rotgrünen Landesregierung im Jahr 2010 heißt es:

„Dabei (bei der Verteilung der Stellen durch Demografiegewinn) werden wir auch die sozialräumlichen Gegebenheiten beachten und regionale Bündelungen ermöglichen. Die derzeitige Verteilung von Zuschlägen nach dem Sozialindex wollen wir auf Wirksamkeit und Effizienz hin wissenschaftlich auswerten und optimieren.“ Und auch im schulpolitischen Konsens vom 19.07.2011 wird ein Sozialindex gefordert und angekündigt.

„Ergänzend zur Grundstellenzuweisung sollen kriteriengeleitete Ansätze wie der Sozialindex, die Integrationsstellen und zukünftig ein Inklusionsindex ausgebaut und aktualisiert werden.“
(Quelle: Schulpolitischer Konsens vom 19.07.2011, S. 4. Passiert ist in NRW bis 2021 nichts.)

2021: Neues Modell für die Berechnung des Sozialindex

Erst im Jahr 2021 kam durch ein neues Modell Bewegung in die Diskussion. Das Schulministerium beauftragte Prof. Dr. Jörg Peter Schräpler, ein Verfahren zu Bestimmung des Sozialindex zu entwickeln. Dieser stellte das Verfahren am 18.01.2021 im Schulausschuss vor.

Der Index wird anhand von vier Indikatoren bestimmt:

Anteil der Schüler*innen mit

- nichtdeutscher Familiensprache
- eigenem Zuzug aus dem Ausland
- sonderpädagogischem Förderbedarf in den Bereichen Lernen, Sprache sowie emotionale und soziale Entwicklung (LSE) und
- Dichte der SGB II-Quote der Minderjährigen im Schulumfeld

Während die ersten drei Indikatoren der Schulstatistik entnommen werden können, muss der Indikator SGBII-Quote in einem aufwändigen Verfahren geschätzt werden. Dabei ist die Zahl der Kinder aus armen Familien gemessen an der SGB II-Quote (Kinderarmutsquote) nach übereinstimmender wissenschaftlicher Meinung der wichtigste Indikator für einen Sozialindex. Deshalb ist es unverzichtbar, die Daten der konkreten Schülerschaft einer Schule schulscharf zu erheben. Die Daten des Schulumfelds sind in der Regel ein ungenaues Hilfskonstrukt. Wegen fehlender gesetzlicher Regelungen zum Datenschutz darf die Anzahl von Kindern einer Schule im SGBII-Bezug nicht erhoben werden. Es dürfen nicht einmal die Schuldaten (Wohnort) mit den SGBII-Daten der Arbeitsverwaltung abgeglichen werden. Darum werden die Daten für die Grundschulen aus den Arbeitsamtsdaten für den Einzugsbereich der Schule geschätzt. Da die Schuleinzugsgebiete für Grundschulen 2006 abgeschafft wurden, ist das Verfahren schon für die Grundschulen zu hinterfragen. Für weiterführende Schulen gibt es keine Schuleinzugsbereiche. Deshalb wird beim Übergang von der Grund-

schule in die weiterführenden Schulen der Index-Wert der Grundschule als Rucksack von jedem Kind mitgenommen. Die soziale Segregation kann so nicht berücksichtigt werden. Daraus folgt, dass sich die SGB II-Einordnung einer Gesamtschule und eines Gymnasiums, die Kinder aus den gleichen Grundschulen bekommen und das gleiche Schulumfeld haben, kaum unterscheiden kann.

Das Problem wäre zu beheben, wenn die SGB II-Quote einer Schule bekannt wäre und diese bei der Konstruktion des Sozialindex berücksichtigt werden könnte. Warum das Land NRW nicht die datenschutzrechtlichen Voraussetzungen schafft, ist nicht nachvollziehbar.

Aus den Werten der vier Indikatoren wird ein Indexwert zwischen 0 und 100 berechnet. Anschließend werden 9 gleichgroße Indexstufen gebildet, die Stufe 1 reicht vom Indexwert 0 bis 10, die Stufe 2 von 11 bis 21 und schließlich die Stufe 9 vom Indexwert 90 bis 100.

Die Verteilung der Gesamtschulen in NRW im Jahr 2020 ist in der Grafik dargestellt. Das Ergebnis überraschte. Das Bild erweckt den Eindruck, als seien die Schulen eher weniger belastet, denn nur 0,7% der Gesamtschulen finden sich in den Stufen 7 bis 9, welche die besonders hohen sozialen Belastungen der Schulen beschreiben.

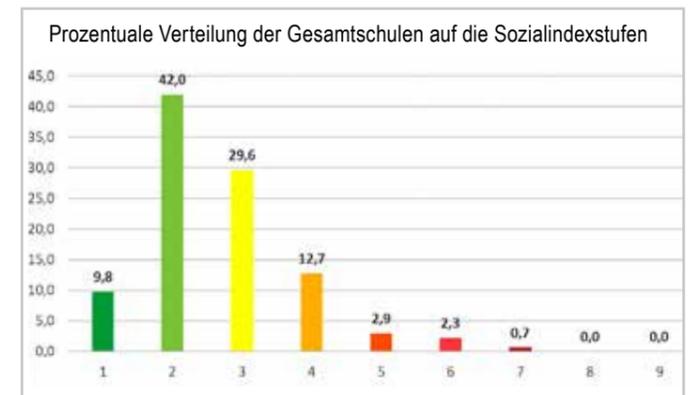
Das entsprach nicht der Wahrnehmung der Gesamtschulen. Im Mittelpunkt der Diskussion standen folgende Forderungen:

1. Verbesserung der Datengrundlage

Die Regelungen zum Datenschutz sollen so verändert werden, dass die Anzahl der Schüler*innen mit SGBII-Bezug einer Schule bestimmt werden kann.

2. Weiterführende Schulen

Alle Schüler*innen der weiterführenden Schulen wurden im Verfahren berücksichtigt, damit an den Gymnasien und an den Gesamtschulen auch die der SII. Einerseits werden die Ergebnisse dadurch nur begrenzt vergleichbar, da die anderen weiterführenden Schulen keine gymnasiale Oberstufe führen. Andererseits unterscheidet sich besonders an Gesamtschulen die soziale Zusammensetzung der Schülerschaft zwischen der SI und der SII. Dadurch



ergab sich eine Indexverschiebung zu den besseren Stufen (1 bis 3).

3. Skalierung der Indexstufen

Am meisten kritisiert wurde die gleichmäßige Skalierung der Indexstufen. Welchen Sinn macht eine Indexstufe 9, die kaum besetzt ist und welches Bild wird dadurch in der politischen Diskussion erzeugt?

2023: Evaluation Sozialindex

Das MSB hat auf die Kritik aus den Schulen und auf Diskussionen u.a. mit der GGG NRW reagiert und das Verfahren verändert. Die letzten beiden Kritikpunkte wurden aufgenommen, die Kritik der Datengrundlage blieb unberücksichtigt.

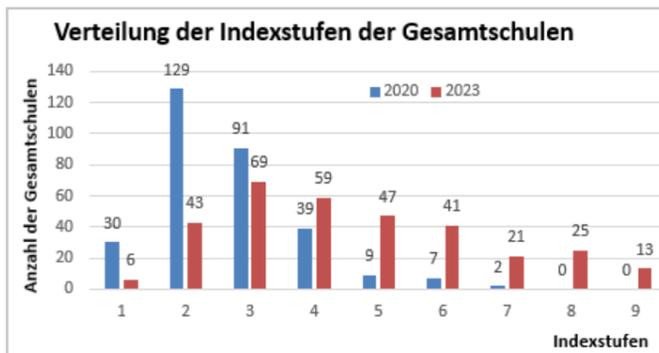
- Bei der neuen Berechnung wird die gymnasiale Oberstufe (SII) nicht mehr berücksichtigt. Es werden nur die Schüler*innen der Sekundarstufe I (SI) bewertet.
- Das MSB ist damit dem Vorschlag im Evaluationsbericht der Autoren Jörg-Peter Schräpler und Sebastian Jeworutzki gefolgt und verwendet jetzt ein modifiziertes Skalierungsverfahren (Hybridskala).

Die Entscheidung, die Schülerschaft der SII nicht zu berücksichtigen, bringt vor allem im Bereich der Indexstufen 4 bis 7 eine deutliche und vermutlich zutreffendere Verschiebung der Zuordnung der Gesamtschulen. Dieser Effekt fällt bei den Gymnasien wegen der schon in der SI ausgelesenen Schülerschaft erwartungsgemäß deutlich geringer aus.

Das MSB ist auch dem Vorschlag der Autoren gefolgt, die Einteilung der Sozialindexstufen zu verändern. Sie schlugen deshalb vor, 5% der Schulen mit den größten Werten zur Indexstufe 9

zusammenzufassen. Abstufungen nach unten erfolgen linear. Die Hybridskala führte dazu, dass die höheren Sozialindexstufen besetzt und damit die Schulen mit einem hohen Unterstützungsbedarf besser zu identifizieren sind.

Das Ergebnis beider Neueinteilungen ist in der folgenden Grafik für die Gesamtschulen dargestellt.



Vergleich Index 2019 – Index 2023

Ob der neue Index auf mehr Akzeptanz trifft und die Situation der Schulen besser abbildet, lässt sich nur konkret für die einzelnen Schulen klären.

Auch wenn der neue Index plausibler erscheint, bleibt das Problem der Datengrundlage für den Indikator SGBII-Bezug. Dieser unbestritten wichtigste Indikator muss geschätzt werden, obwohl die Daten in den Kommunen vorliegen. Die GGG NRW fordert weiterhin, die rechtliche Grundlage zu schaffen, die SGBII-Quote schulscharf zu erheben.

Ressourcen

Ein Ziel des neuen Sozialindex ist es, „steuerungsrelevantes Wissen über einzelne Schulen bereit [zu] stellen, welches vom Land NRW für eine bedarfsorientierte Ressourcenzuteilung genutzt werden kann. Er soll damit chancenausgleichend wirken, indem Schulen, an denen die Schülerinnen und Schüler mehr Unterstützung benötigen, mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet werden“ (Schräpler & Jeworutzki, 2021, S.2).

Entscheidend wird es sein, ob die Index-Einordnung auch Konsequenzen für die Zuteilung von Stellen haben wird. Den Schulen hilft es wenig, wenn sie sich realistisch eingeordnet fühlen, aber keine Hilfe durch zusätzliche Stellen er-

halten. Dass diese Stellen nur helfen, wenn sie auch besetzt werden können, ist offensichtlich. Zweierlei ist in NRW zu konstatieren:

Es gibt zu wenige Stellen

Seit dem Haushaltsjahr 2022 werden im Haushalt des Schulministeriums Mittel nach dem Sozialindex verteilt. Allerdings gibt es bis heute dazu keine eigene Haushaltsstelle, sondern sie sind unter dem Titel „Stellen gegen den Unterrichtsausfall, für Vertretungs- und Förderausgaben“ subsummiert. Für 2024 sind dort insgesamt 4250 Stellen eingeplant, davon sind 359 Stellen explizit als Unterstützung der Schulen mit einem Index von 6 bis 9 vorgesehen. 2023 waren es 350 Stellen und 353 in 2022. Die übrigen 3891 Stellen werden teils unter Beachtung des Sozialindex an die Schule verteilt.

Die unübersichtliche Darstellung im Haushalt und vor allem der geringe Umfang machen deutlich, wie wenig Gewicht die Landesregierung auf die Entwicklung des Sozialindex legt.

Die Stadt Hamburg unterstützt Schulen in der höchsten Sozialindexstufe mit 50% zusätzlichen Stellen, wie der Senator für Schule, Tis Rabe, erläutert hat. Hamburg ist damit nachweislich sehr erfolgreich. Darin spiegelt sich, dass das Land Hamburg insgesamt deutlich mehr Geld für das Personal in Schulen ausgibt. Der Satz beträgt in Hamburg 11.700 € pro Schüler*in gegenüber 8.300 € in NRW. Daran sollte sich das Land NRW ein Beispiel nehmen und nicht immer nur prüfen. Bis heute warten die Schulen auf eine bedarfsgerechte Zuweisung an Stellen.

Das aktuelle Einstellungsverfahren behindert Besetzung gerade an Schulen im Brennpunkt

Stellen unterrichten nicht, es fehlt an gut qualifizierten Personen in den Schulen. Es ist zu beobachten, dass besonders Brennpunktschulen Stellen nicht besetzen können. Gerade diese Schulen brauchen gut ausgebildete Kräfte, wenn sie den Herausforderungen gewachsen sein sollen. Angesichts des Lehrermangels muss das Land steuern, es hat die Verantwortung für die Zuweisung von Lehrkräften für alle Schulen, ganz besonders den Schulen in belastetem sozialen Umfeld. Eine Umverteilung von Stellen zu Gunsten von sozial belasteten hat Folgen für die sozial besser gestellten Schulen. Diesen Konflikt scheut das MSW durch Nichtstun.

Fazit

Die GGG wartet immer noch auf

- die Verbesserung der Datengrundlage für die Einordnung in die Stufen des Sozialindex,
- einen Plan der Landesregierung für die Zuweisung von hinreichend Stellen für sozial belastete Schulen und
- ein Einstellungsverfahren, das den Brennpunktschulen eine Chance gibt, die zugewiesenen Stellen auch zu besetzen.

Dieser Text ist ein Zusammenschritt von mehreren Beiträgen zum Thema Sozialindex, die in der ISA erschienen sind.

Quellen:

Behrend Heeren, Ressourcensteuerung im Bildungsbereich durch einen schulscharfen Sozialindex verbessern – ISA 2014-1

<https://ggg-web.de/nw-service/nw-downloads/category/73-nrw-zeitschrift-isa?download=928>

Werner Kerski, Ungleiches ungleich behandeln – ISA 2015-2 <https://ggg-web.de/nw-service/nw-downloads/category/73-nrw-zeitschrift-isa?download=934>

Werner Kerski, Chancengleichheit – ein Thema nur für Sonntagsreden!? – ISA 2018-1 <https://ggg-web.de/nw-service/nw-downloads/category/74-einzelartikel?download=780>

Rainer Dahlhaus / Werner Kerski, Schulscharfer Sozialindex zur Steuerung der Ressourcen an den Schulen in NRW. Das MSB-Konzept 2020 – ISA 2021-1 <https://ggg-web.de/nw-service/nw-downloads/category/74-einzelartikel?download=1535>

Werner Kerski, Sozialindex 2023 Ressourcensteuerung für NRW-Schulen ungerecht – ISA 2023-1 <https://ggg-web.de/nw-service/nw-downloads/category/74-einzelartikel?download=2114>

Werner Kerski, Evaluation Sozialindex – ISA 2023-4 <https://ggg-web.de/nw-service/nw-downloads/category/74-einzelartikel?download=2298>

Die Notwendigkeit des Bildungsprotestes

Forderungen der Schüler*innen in der Stadt Tönisvorst

Hannah Seegers

Schülersprecherin an der Rupert-Neudeck-Gesamtschule, engagiert sich gemeinsam mit „ihrer“ Schule für eine Wende in der Bildungspolitik. Am bundesweiten Protesttag für bessere Schulen und Kitas hält sie auf der Kundgebung in Tönisvorst eine beeindruckende Rede vor mehreren hundert Teilnehmenden.

„Hier erläutere ich stellvertretend für alle Schülerinnen und Schüler die Notwendigkeit des Bildungsprotestes“.

Lehrermangel

Es ist offensichtlich, dass unsere Schule mit zahlreichen Problemen, Missständen und schwierigen Herausforderungen konfrontiert ist, wie z.B. dem großen Lehrermangel. Wir haben zwar eine

Menge guter Lehrer und Lehrerinnen an unserer Schule, jedoch sind es immer noch nicht genug, sodass wir sehr viele Unterrichtsausfälle haben. Problematisch wird dieses vor allem in den höheren Jahrgängen, wenn man sich intensiv auf seine Abschlüsse oder gar das Abitur vorbereiten möchte und es ständig Ausfälle aufgrund des großen Lehrermangels gibt. Der viele Unterrichtsausfall an unserer Schule stellt uns vor ein großes Problem, da wir Schüler kaum Zeit haben den Unterrichtsstoff vermittelt zu bekommen und so viel zu viel zu Hause allein erarbeiten müssen.

Klassenstärke

Wir sitzen im Schnitt täglich mit weit über 30 Schülern in einem viel zu kleinen Klassenraum. Kleinere Lerngruppen würden uns Schülern in unseren Einzelleistungen steigern, optimal unterstützen und auch die Unruhe würde abnehmen.

Einzelne Schüler würden gesehen und nicht einfach in der breiten Masse untergehen. Eine mögliche Lösung wäre die Fünfüzigkeit ab der 5. Klasse, aber dafür ist unsere Schule leider zu klein. Stattdessen starten wir mit viel zu vielen Schülern in der 5. Klasse, um dann spätestens nach der 7. Klasse, wenn die Klassen noch größer geworden sind, doch getrennt zu werden. Wir müssen uns dann wieder komplett neu orientieren und wieder eine neue Klassengemeinschaft bilden.

Zusammenfassend möchte ich sagen, dass es an der Zeit ist, an einem besseren Schulsystem zu arbeiten, das uns Schülern die Werkzeuge und das Wissen bietet, das wir benötigen, um erfolgreich in der Welt von morgen zu sein. Denn eine starke Bildung ist der Grundstein für unsere erfolgreiche Zukunft.

Forderungen

Es ist an der Zeit unsere Bildung an oberste Stelle zu setzen. Denn eine gut ausgebildete Jugend formt die Zukunft unserer Gemeinschaft und letztlich unserer Nation.

- Wir alle müssen zusammenarbeiten, um die Schulsituation zu verbessern und die genannten Missstände anzugehen.
- Wir wollen eine Bildungswende, die uns Schülerinnen und Schülern eine bessere Bildung ermöglicht.
- Wir wollen ein Bildungssystem, das uns auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet und uns die Ideen gibt, um erfolgreich zu sein.
- Wir wollen eine gerechtere Gesellschaft, in der Bildung für alle zugänglich und gleichermaßen wertgeschätzt wird.

Die RNG steht auf!



- 4 Forderungen für ein gerechtes und inklusives Bildungssystem, das auf die Zukunft vorbereitet!**
1. SONDERVERMÖGEN Bildung und ausreichende Finanzierung
 2. AUSBILDUNGSOFFENSIVE für Lehrer*innen und Erzieher*innen
 3. Schule ZUKUNFTSFÄHIG und INKLUSIV machen
 4. Echter BILDUNGSGIPFEL auf Augenhöhe

Samstag 23.9.2023
12.00 Uhr Demonstration
 ab Schulzentrum Corneliusfeld
 anschl. Kundgebung auf dem Rathausplatz

Unterstützen Sie uns – stehen auch Sie auf für bessere Bildung!

Veranstalter: Schulpflegschaft Rupert-Neudeck-Gesamtschule c/o Corneliusstr. 35 47495 Tönisvorst

Quelle:.....



ISA IV/2023, Seite 4-5

Ungleiches ungleich behandeln

Wider die „Bildungsapartheid“ in NRW

Die Schulen in NRW in prekären Lagen formieren sich derzeit unter dem Namen SCHULE³. Sie fordern ein sofortiges Umsteuern in wichtigen schulpolitischen Bereichen als notwendige Voraussetzung dafür, weiter erfolgreich arbeiten zu können und ein Scheitern dieser hoch motivierten Schulen zu verhindern.

Wodurch sich der Verbund SCHULE³ auszeichnet

- Die Schulen aus dem Verbund Schule³ begleiten überwiegend Kinder, die in bildungsfernen und/oder prekären Verhältnissen groß werden und sind somit Teil einer Segregation, die die Bildungsungerechtigkeit verschärft.
- Die Schulen aus dem Verbund Schule³ repräsentieren schon jetzt ca. 25.000 Schüler*innen in NRW und damit potentiell einen nicht zu gering einzuschätzenden Anteil an Wähler*innen (Eltern, Angehörige und Lehrer*innen) in NRW.
- Die Schulen aus dem Verbund Schule³ zeichnen sich durch vielfache Herausforderungen (Inklusion, Integration, Beschulung von Kindern mit Migrationshintergrund und von abgeschulten Schüler*innen aus Gymnasien und Realschulen, ...) aus.

Kernanliegen der Initiative

Ungleiches ungleich zu behandeln

Mit dieser Forderung ist die Erwartung an eine entsprechende Steuerung durch das Ministerium für Schule und Bildung und dessen nachgeordnete Behörden verbunden - umgehend: ab 2020!

Forderungen der Initiative

Kurz zusammengefasst hier nur einige Kennzeichen der Initiative und die damit einhergehenden Forderungen:

- Die Einzelschulen aus dem Verbund Schule³ sind kaum noch in der Lage, auf dem angespannten Arbeitsmarkt qualifizierte Lehrer*innen zu gewinnen und fordern eine Steuerung durch das Ministerium für Schule und Bildung (Personalsteuerung, Zulagen,

Arbeit in den entsprechenden Schulen als Voraussetzung für Beförderungen, weniger Pflichtstunden).

- Die Schulen aus dem Verbund Schule³ fordern eine größere pädagogische Freiheit im Rahmen ihrer Arbeit (fächerverbindendes Arbeiten, Ressourcenzuweisung für außerschulische Lernorte, alternative Wege in der Leistungsbeurteilung, größere Flexibilität in der Stundentafel).
- Die Schulen aus dem Verbund Schule³ fordern Unterstützung der Kommunen mit Stadtteilen „mit besonderem Erneuerungsbedarf“ die oft durch Armut geprägten sind bei der Bewirtschaftung des Schulraumes und der Priorisierung dieser Schulen bei der Mittelvergabe.

Seit dem Schuljahr 2019/2020 führen die Schulen aus dem Verbund Schule³ monatliche, öffentlichkeitswirksame Aktionen durch, um auf ihre Situation hinzuweisen. Hierdurch soll der Druck auf sofortige, notwendige, politisch wirksame Entscheidungen erhöht werden.

Mehr Information zu Schule³ sind auf der Website der GGG zu finden.

► **Kontakt:** kontakt.nrw@ggg-web.de



Quelle:.....



<https://www.ggg-web.de/nw-themen/nw-schule-hoch-3>

Vom Reichtum einer „armen Schule“ und ihrem Engagement

Martina Zilla Seifert

Die Sekundarschule Rheinhausen veranstaltet einen **Smart Mob** „Wir sind Zukunft“ in der Duisburger Innenstadt.

Öffentlich den Finger in die bildungspolitische Wunde zu legen, ist für die Sekundarschule Rheinhausen aus ihrem pädagogischen Selbstverständnis heraus konsequent. Hier berichtet die damalige (Anm. d. Redaktion) Schulleiterin aber auch von dem Mut, den es braucht, Missstände an der eigenen Schule öffentlich zuzugeben.

Als ich darum gebeten wurde, erneut einen Artikel für die Zeitschrift der GGG zu verfassen, sah ich mich mit einem grundlegenden Dilemma konfrontiert, das die Schule im Rahmen ihres Engagements in dem Bündnis Schule³ begleitet und mit folgender Fragestellung umschrieben werden kann:

Die Frage

Wie lassen sich die Forderungen, die überaus präzise, einleuchtend und gesellschaftlich von großer Relevanz durch das Bündnis Schule³ formuliert wurden, durch unsere Schule so in die Öffentlichkeit transportieren, dass die Schule in ihrem Wert mit ihren Schätzen und Reichtümern wahrgenommen und nicht mit Etikettierungen wie „Problemschule“, Schule mit herausfordernder Problemstellung etc. negativ konnotiert wird?

Smart Mob

Diese Fragestellung hat uns auch in Vorbereitung unserer Aktion am 25.11.2019 in der Duisburger Innenstadt beschäftigt. An diesem Tag führten wir in einem Einkaufszentrum der Innenstadt einen Smart Mob „Wir sind Zukunft“ durch, der die Forderungen der SchülerInnen, die in vielen Fällen deckungsgleich mit den Forderungen des Bündnisses Schule³ sind, formulierte.

Folgende Forderungen stellten sie auf:

- ausreichend viele LehrerInnen, die nicht nur Stoff unterrichten sondern Zeit für uns haben

- eine Schule zum Wohlfühlen
- eine Schule, die uns zum Denken herausfordert
- viel Musik-, Sport- und Schwimmunterricht
- gesundes Essen
- open saturdays

Schaut man sich die Forderungen genau an, dann liegt der Reichtum der Schule in unserer wunderbaren SchülerInnenenschaft. Diese jungen Menschen haben alle Talente – sie sind reich; - unendlich kreativ und vor allem sind sie widerständig. Wir Erwachsenen in der Schule wissen, dass diese Widerständigkeit eine gesunde Reaktion auf schwierige Bedingungen ist, in denen die SchülerInnen leben. Vielfach kommen die SchülerInnen aus Armut und wir scheuen uns mittlerweile auch nicht mehr, dies genauso zu benennen. Die SchülerInnen wissen um die Bedingungen ihres Lebens und sie lernen an der Schule, gesellschaftliche Realität zu verstehen und gemeinsam Handlungsoptionen zu entwickeln. Sie lernen also, wie in einer demokratischen Gesellschaft gehandelt werden muss, wie man kooperieren muss, wie sich Ambiguitätstoleranz anfühlt, wie die Empathie dem/der Anderen gegenüber, der Schlüssel für Fortschritt sein kann. Eine Hauptaufgabe der Schule liegt also darin, einen Unterricht zu gestalten, der eine Verbindung von Inhalten und deren Bedeutsamkeit vor dem Hintergrund gesellschaftlich wichtiger Fragestellungen für die SchülerInnen gestaltet.

Hier stoßen wir auf strukturelle Grenzen aufgrund der derzeitigen Ausrichtung bildungspolitischer Entscheidungen. Dadurch, dass an der Schule 50 % KollegInnen im Seiteneinstieg beschäftigt sind, ergeben sich hier Probleme, die weder die SchülerInnen, noch die LehrerInnen zu verantworten haben. Obwohl KollegInnen aus dem Seiteneinstieg in vielerlei Hinsicht als „reich“ zu bezeichnen sind, weil sie vielfältige außerschulische Erfahrungen mitbringen, die das Gefüge von Schule in sehr positiver Hinsicht „durcheinanderrütteln“ und uns herausfordern, konzeptionell über „den Tellerand“ hinaus zu denken und zu handeln, verfügen sie nur sehr eingeschränkt über das „Hand-



Video Smart Mob:
smart-mob.g3link.de



Fotos: Blade-Fotografie.de

werkszeug“, das die Professionalität der guten LehrerIn/des guten Lehrers ausmacht. Sicherheit und Kreativität sind in diesem Beruf vielfach Ergebnis einer guten wissenschaftlichen Ausbildung, die im besten Fall alle Bedingungen, die für das Lernen konstitutiv sind, in den Blick nimmt. Dann braucht es vor allem für die Kreativität im Unterricht – hier ist vor allem die Vernetzung der Inhalte unter den oben aufgeworfenen Fragestellungen von großer Bedeutung – viel Erfahrung. Diese Bedingungen sind an der Schule nur sehr eingeschränkt vorhanden. Unsere SchülerInnen haben aber keine Zeit zu verlieren und müssen von den besten LehrerInnen unterrichtet werden, denen es schnell gelingt, die SchülerInnen zu stärken und die durch die Lebensumstände der SchülerInnen entstandenen Lücken durch einen anspruchsvollen und anregenden Unterricht zu schließen. Und so mussten wir uns viele Gedanken² dazu machen, wie wir unter diesen Bedingungen eine Schule aufbauen, die im Schuljahr 2019 immerhin unter die TOP 50 Schulen beim Deutschen Schulpreis und den Einzug unter die TOP 20 der geförderten Schulen nur knapp verpasste. Uns ist also vieles gelungen, und die Testate, die uns erreichen³ machen uns Mut und geben eine gute Rückmeldung.

Dennoch ist es an der Zeit, mit den Forderungen, wie sie von unseren SchülerInnen und durch das Bündnis Schule³ aufgestellt werden, in die Öffentlichkeit zu gehen. Und dabei geht es nicht nur um die Betonung der Situation prekärer Schulen. Vielmehr geht es darum, dass Schule³ das Augenmerk auf eine sich zuspitzende bildungspolitische Katastrophe lenkt, die das gesamte Schulsystem erfasst.⁴ Die in dem Bündnis zusammengeschlossenen Schulen sind insofern nur kluge und empfindliche Seismografen.

Zur Verdeutlichung ein kleiner Exkurs:

Als ich im Frühherbst als Sachverständige im Düsseldorfer Landtag zur Auseinandersetzung mit dem formulierten Antrag der SPD Fraktion „Schatzsucher“ Schulen⁵ geladen war und dort das Papier von Schule³ vorstellte, schilderte der Vertreter des Philologen Verbandes auf meine

Forderung „Ungleiches ungleich behandeln“ sehr eindringlich die Situation der Gymnasien im Lande und die immer mehr zunehmenden Probleme, vor die die Schulen gestellt seien, die sich vor allem darin zeigten, dass die „Probleme“ mit den SchülerInnen zunehmen. Diese Diskussion bestärkte mich in der Einschätzung, dass die Forderungen von Schule³ für alle Schulen wichtig sind. Es geht also nicht nur um die „armen“ Schulen – es geht um die generelle Ausrichtung von Schule – also gewissermaßen um den Umbau des Schulsystems hin zu einer Schule für alle Kinder mit veränderten curricularen Bestimmungen⁶ und einer grundlegend anderen Bemessung und Bewertung der LehrerInnenarbeitszeit. In diesem Kontext ist auch die wichtige Forderung des Bündnisses Schule³ nach pädagogischer Freiheit zu sehen.

Die Antwort

Wenn ich so auf den Smart Mob der Schule zurückblicke, die eingangs aufgeworfene Frage und die damit entstandenen Forderungen der SchülerInnen betrachte, bin ich stolz darauf, dass es uns gelungen ist, den visionären Kontext des Bündnisses in die Öffentlichkeit zu tragen und die Stärke der Forderungen für alle Schulen in NRW zu betonen.

Dass wir derzeit nicht wie alle anderen Schulen in NRW behandelt werden, wird von uns auch in den weiter folgenden Aktionen immer wieder betont werden und hier bleibt die Forderungen nach sofortiger Umsteuerung z.B. bei der Personalbesetzung, die vor allem für unsere Schule überaus wichtig ist.⁷ Es bleibt dabei: „Man ist nicht realistisch, indem man keine Idee hat!“⁸

Quelle:.....



ISA I/2020, Seite 8-12

Schulprojekte

Herbert Grillo Gesamtschule



Thomas Zander
Schulleiter

Comenius-Gesamtschule



Cornelia Schnelling-Perret
Lehrerin a.D.

Gesamtschule Recklinghausen Suderwich



Matthias Flüß
Lehrer



Dieser Link führt zu den
Artikeln Seite 37-43

„... weil wir wichtig sind!“
davon sind die Schülerinnen und Schüler überzeugt und demonstrieren Aufsehen erregend im Februar 2020 für ihre Forderungen in der Duisburger Innenstadt.

Seite 37-38



Das Förderkonzept "Glück" unterstützt nicht nur die Schülerinnen und Schüler in ihrer Persönlichkeitsentwicklung, sondern stärkt auch das respektvolle, vertraute Miteinander in der Klassengemeinschaft.

Seite 38-40

Junge Menschen lernen im Demokratieprojekt Mut zur Zivilcourage, den Einsatz für Menschenrechte und mehr Gerechtigkeit als Privileg zu begreifen. Sie selbst erarbeiten sich die Voraussetzungen für eine Demonstration und setzen sich öffentlich für ihre Werte ein.

Seite 41-43

„Let`s go Area“ – Duisburg-Marxloh

„Demonstrativer Unterrichtsgang“ der Herbert Grillo - Gesamtschule

Thomas Zander

Dienstagmorgen war es so weit: Gestaffelte Anreise der Schulgemeinde der Herbert Grillo-Gesamtschule mit den Straßenbahnen der Duisburger Verkehrsgesellschaft zum sogenannten „Demonstrativen Unterrichtsgang“ in der Duisburger Innenstadt.

Geschafft! Alle Schülerinnen und Schüler, einige mit Eltern, alle mit ihren Klassenleitungen – an diesem Tag als „Ordner“ im Einsatz – hatten dem Namen der ganz besonderen Let`s go Area-Duisburg-Marxloh – mal wieder alle Ehre gemacht: Marxloh hatte das Zentrum Duisburgs kurzzeitig besetzt! Marxloh kann!¹

Die Fußgängerzone wurde mit einer doppelten, warnwesten-tragenden Menschenkette in ein Spalier für die Passanten verwandelt. Hier erwartete die Duisburger Bürger ein buntes Programm aus Bild- und Textplakaten, Sprechchören, Tanz- und Rhythmus-einlagen. Unterschriften wurden gesammelt, Fotomappen, Videofilme auf Tablet-Pc´s mit verrottender Schulbaustanz den nicht schlecht staunenden Bürgern präsentiert und Performances mit Mauerblöcken aus Pappe dargeboten. Und immer wieder das Motto der Nadelstichaktionen: „...weil wir wichtig sind!“

Die Schüler

erzählten den Bürgern von ihrer Situation an der Schule, ergriffen Partei für ihre Lehrer*innen, die sich tagtäglich abhetzen müssten, um die immer größer werdenden Aufgaben noch zu schaffen und ihnen, den Schüler*innen, gerecht werden zu können. Sie erlebten viel Sympathie und Ermunterung von den Duisburgern und freuten sich sichtlich darüber, mit ihren freundlichen, kreativ-bunten und lautstarken Aktionen so gut anzukommen.

Nach einer guten Stunde ging es dann mit ziemlich hohem – eben jugendlichem – Tempo, Richtung Rathaus. Die Polizei brachte den laufenden Verkehr zum Ruhen und eskortierte die über 700 Demonstranten über die mehrspurige Hauptstraße zum Rathaus. Hier wurde es dann so richtig laut: Unabgesprochen schien das für die Schülerinnen und Schüler das Highlight ihrer Aktion zu sein. Der vom Bürgermeister vor das Rathaus geschickte Schuldezernent Thomas Krützberg traute seinen Ohren kaum und war zwangsläufig sprachlos. Er nahm die rote Karte für den Oberbürgermeister sowie eine Fotomappe, Flugblätter, Briefe und die gesammelten Unterschriften, Biten und Forderungen der SchülerInnen -, LehrerInnen- und ElternvertreterInnen entgegen. An den Fenstern des Rathauses wurden nicht wenige Gesichter von Verwaltungsmitarbeitern gesichtet und vor dem Rathaus hatten sich vier Ratsherren und ein Landtagsabgeordneter für Gespräche eingefunden.



Alle Fotos:
Irmir Vincenz

Wir sind genial auch ohne digital aber mit, wäre phänomenal!

Ministerin Yvonne Gebauer hatte im Vorfeld ihr Fehlen entschuldigt und uns gute Gelingenswünsche durch ihr Büro ausrichten lassen. Die Presse sprach mit Vertretern der gesamten Schulgemeinde und berichtete immer wieder auch mit tollen O-Tönen der jungen Menschen, die überraschend klar und deutlich ihre Anliegen formulierten.

Das war Demokratielernen in besonderer Weise und auf jeden Fall handlungs- und projektorientiert, denn alles hatte ja eine Vorgeschichte: Bereits Wochen vorher war diese Aktion Thema im GL-Unterricht, im Klassenrat und der SV gewesen. Die eigene Situation wurde thematisiert

und es wurden Ideen geschmiedet, wie diese eindrucks- und wirkungsvoll präsentiert werden könnte. Am Projekttag wurden die Ideen dann zusammengetragen und künstlerisch, technisch, musikalisch, filmisch, tänzerisch, ... in Form gebracht und alle waren dann am Ende des Tages: **Geschafft!**

Jetzt geht's weiter. Unser Alltag: Unterricht. Lernen. Projekte. Auseinandersetzung. Konflikte. Schulentwicklung. Schulbau. Den BildungsFairBunt.Marxloh² und den Campus-Marxloh³ weiterentwickeln.

Das braucht alles einen unendlich langen Atem und Kraft und Gemeinschaft und ist noch längst nicht: **Geschafft!**

Quellen:.....

¹ Aktion in Marxloh am 1.4.2017 für ein Let's-Go-Area-Image (www.youtube.com/watch?v=h2ZbcPvLRSo)

² Zusammenschluss von fünf Marxloher Schulen auf Grundlage eines Positionspapiers der Schulleitungen 2018, der von Ministerium, Schulträger und Wübbenstiftung unterstützt wird (https://rp-online.de/nrw/staedte/duisburg/duisburg-bildungsfairbunt-marxloh-gegruendet_aid-48349825)

³ Bau eines sog. Community-Centers auf dem Gelände der Herbert Grillo-Gesamtschule im Rahmen eines Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes zur Quartiersentwicklung (www.eg-du.de/projekte/campus-marxloh/)



ISA I/2020, Seite 13-15



Glück verdoppelt sich, wenn man es teilt

Cornelia Schnelting-Perret
Glück gehört an der Comenius-Gesamtschule in Voerde zum Stundenplan. Hier fördert der Blick auf die kleinen Dinge im Leben die Schülerinnen und Schüler in ihrer Persönlichkeitsentwicklung und das von Anfang an. Das Förderfach Glück ist hierbei ein wichtiger Baustein.¹

Schwimmen steht nach der Pause auf dem Stundenplan und alle stürmen aus der Klasse die Treppe herunter zum Bus. Melina rutscht die Tasche von

der Schulter und schon purzeln Wasserflasche, Frühstücksdose, Etui und die Hefte die Treppe herunter. Was für ein Unglück! Aber nicht für Melina, Mitschüler um sie herum stoppen ihren Lauf und beginnen mit dem Einsammeln, eine Freundin hilft ihr, den Riemen wieder einzufädeln und andere sichern den Bereich ab. Schnell ist wieder alles im Lot und alle erreichen den Bus. Glück gehabt! Diese Situation wird sicher in der nächsten Glücksstunde als eine von Melinas Glücksmomenten der Woche erzählt werden.

Dem Namensgeber verpflichtet

Comenius, Namensgeber unserer Schule, wäre sicher begeistert, auch von dem aktuellen öffentlichen Interesse am Förderfach Glück. Er war der erste, der die Pädagogik aus der Perspektive des Kindes entwickelte, sich inhaltlich sowie methodisch-didaktisch an den unterschiedlichen Entwicklungsphasen orientierte.

Mit Freude selbsttätig unter Einbezug aller Sinne forschen und ausprobieren, dies wollte er fördern. Das Lernen sollte „wie ein

Spiel und kurzweilig vor sich gehen“² und sicher würde er mit Begeisterung an den Übungen im Förderfach Glück an der Comenius-Gesamtschule in Voerde teilnehmen.

„Freude am Leben“

Wir könnten ihm aktuell folgende Übung bieten: Im 5. Jahrgang unter dem Titel „Freude am Leben“ geht es in der 1. Phase des FSI-Methodenbaukastens³ um die Stärkung der eigenen Persönlichkeit, das empathische Wahrnehmen von Mitschülern und um die Orientierung im neuen Klassenverband und Schulsystem. Vielleicht würde sich Comenius mit verbundenen Augen durch den Schulgarten oder zwischen den Spielgeräten auf dem Schulhof führen lassen. Er könnte sich sicher fühlen, die vorausgegangenen Stunden mit Vertrauensübungen zur Achtsamkeit sowie die spektakuläre Lauf-Übung mit dem rohen Ei (im 5. Jahrgang noch aus Gummi) haben im Vorfeld dieses Abenteuers noch einmal die Relevanz von „sich vertrauen können“ deutlich gemacht. Glücklich kehren die Geführten in den Klassenraum zurück und berichten von ihren Erfahrungen miteinander. Sie und die Gruppe stellen dabei fest, dass ganz andere Sinne als das Sehen in den Fokus rückten, daran wird die nächste Stunde anknüpfen.

„Planung/Gestaltungspotenziale nutzen“

Der 8. Jahrgang (Praxisbuch Schulfach Glück⁴) experimentiert ebenfalls mit Eiern, die aus der Höhe von über fünf Metern bruchsfest fallengelassen werden sollen. Alle tüfteln an Fallschirm- und Airbag-Konstruktionen. Die nach dem Zufalls-



Alle Fotos S.38-39: Cornelia Schnelting-Perret in ISA II/2023



Dreiergruppen bei der Übung „Ach du dickes Ei“, aus dem FSI Methodenbaukasten, 5. Phase = Umsetzung; mit dem Ziel der Selbstregulierung

prinzip zusammen gestellten Gruppen planen im Team, konzentriert und lösungsorientiert. Sie zollen den Gewinnern des Projekts am Ende der Versuchsreihe durch Applaus ihren Respekt und nehmen auch eine eigene Niederlage sportlich. Dass man nicht immer Glück haben kann, das ist für sie kein Drama. Die Stunde hat Spaß gemacht, die Gruppenarbeit verlief harmonisch und beim nächsten Mal werden sie sich bestimmt an eine Aufgabe herantrauen.

Die Übung "Lob tut gut", aus dem FSI Methodenbaukasten, 1. Phase = Stärkung; mit dem Grobziel der sozialen und mentalen Stärkung

Im 9. Jahrgang versuchen Dreiergruppen auf Zeit und gegeneinander die zur Verfügung gestellten rohen Eier ohne Manipulation hochkant aufzustellen. Konzentration, eine ruhige Hand, Selbstregulierung der Gefühlswelt und Motivation durch die anderen ohne große Ablenkung ist gefragt. Es gilt, die Konkurrenz, den Zeitdruck und die Anspannung der Gruppe auszuhalten und die Schüler wissen, dass weder Frust noch Wut sie der Lösung näherbringen wird. In der Reflexionsphase werden die eigentlichen Ziele der Übung verdeutlicht: Es stehen Bewerbungs- und Vorstellungsgespräche an, die Noten auf den Zeugnissen sind ab jetzt von höherer Bedeutung, Aufstufungen sind noch möglich. In den Flow der Konzentration im Hinblick auf Klassenarbeitsvorbereitungen zu kommen, wird in den nächsten Stunden weiter thematisiert und mit Entspannungsübungen, Kommunikations- und Lernstrategien auch praktisch geübt.

Förderkonzept Glück

Das Konzept „Glück“ an unserer Schule basiert auf der Förderung der Selbst- und Fremdwahrnehmung. In unseren Glücksstunden nutzen wir Erkenntnisse der Verhaltenspsychologie, Informationen und Praxisanteile aus den Büchern von Ernst Fritz-Schubert⁵, Elemente der Erlebnispädagogik und das Lebenskompetenzprogramm Lions-Quest „Erwachsen werden“⁶. Die fünf Säulen des Konzepts von Malaika e.V. Aachen (Ich, Du, Wir, unsere Umwelt, Erziehung zur Gesundheit), entsprechen inhaltlich ebenfalls unserer schulischen Schwerpunktsetzung. Durch die konzeptionelle Umsetzung

Politikverdrossenheit?

Weit gefehlt!

Matthias Flüß

Schülerschaft organisiert eine eigene Demonstration für Toleranz

Alles begann vor fünf Jahren im Fach Gesellschaftslehre in der Klasse 6b der Gesamtschule Recklinghausen Suderwich und fand im vergangenen Jahr mit einer großen Demonstration auf dem Schulhof einen ersten Höhepunkt. Ein kleiner Funke an Zivilcourage setzte den Startpunkt für die „Do it yourself Schülerdemonstration“.

Zuvor hatte sich die Klasse über Kinder- und Menschenrechte informiert und diskutiert, inwiefern Menschen aus anderen Ländern weniger Rechte haben als Menschen in Europa, in Deutschland oder in Recklinghausen. Die Klasse kam darauf zu sprechen, wie Menschen, die neu in Recklinghausen sind und lange Wege zurückgelegt hatten, hier behandelt werden. Wichtige Fragen standen im Raum: „Warum werden diese Menschen anders angesehen, anders angesprochen, oder anders behandelt.“ Die Schülerinnen und Schüler erinnerten sich an Szenen aus ihrem eigenen Leben: auf dem Pausenhof, an der Bushaltestelle oder am Bahnhof. Sie berichteten von ihren Beobachtungen und ihren Erfahrungen:

„Halt mal die Klappe, du K***cke.“

„Scheiß N****.“

„Hat man dir in deinem Land nicht beigebracht, den Platz anzubieten?“

„Wir sind hier in Deutschland.“



Sprüche, Verhaltensweisen, Demütigungen, die man als weißer Mann ohne ein geschultes Bewusstsein nur am Rande seiner Erfahrungswelt wahrnimmt. Allerdings sind diese für die Schülerinnen und Schüler, deren Eltern oder Großeltern, die vor Jahrzehnten nach Deutschland kamen, Alltag. Sie zeigen, dass Demokratie nicht nur bei Abstimmungen oder Wahlen beobachtbar sein sollte. Im Klassenraum argumentierten die Kinder voller Enthusiasmus, dass jedes demütigende Verhalten auf Grund von Haut- und Haarfarbe, Herkunft, Religion, Sexualität, Aussehen und vielen anderen Gründen zu verurteilen ist. Aber wenn nach 45 Minuten die Schulglocke ertönt, ersticken solche Diskussionen und es beginnt Mathematik. Nicht so bei diesem Projekt. Mit einer einfachen Frage wollte Fabienne (12 Jahre) diese Stunde nicht einfach enden lassen. Mutig wollte sie handeln und fragte „Warum streiken wir nicht gegen den Hass auf den Straßen?“ Vielleicht hat es Fabienne nicht so ernst gemeint, und damals war ihr noch nicht klar,

wo der Unterschied zwischen Streiken und Demonstrieren liegt, aber dieser Funke an Zivilcourage setzte den Startpunkt für die „Do it yourself Schülerdemonstration“.

„Machen wir das tatsächlich?“

Diese Frage stellten nicht nur die Schülerinnen und Schüler 2018; diese Frage fiel zu Beginn jeder Schülerdemonstration. Die jungen Menschen konnten es kaum glauben, dass ihr Handeln, ihre Idee und ihr Einsatz tatsächlich die immergleichen Wände des Klassenraums verlässt und ihr Projekt eine große Bedeutung für ihre Schule und ihre Stadt besitzt. Gerade dieses Maß an Selbstwirksamkeit birgt ein riesiges Motivationspotential. Alle Schritte zur eigenen Planung und Durchführung der Schülerdemonstration wurden kleinschrittig didaktisiert. Sie verbergen sich nun in einem silberglänzenden Alukoffer. Dabei geht es nicht darum, Wissen zu vermitteln. Es ist unwichtig, Paragraphen auswendig zu lernen oder Satzungen zu studieren. Für das Projekt „Do it yourself Schülerdemonstration“ steht das Verständnis im Vordergrund. Die jungen Menschen sollen verstehen, warum es so wichtig ist, zu demonstrieren und die Gesellschaft mitzugestalten. Sie sollen verstehen, weshalb dieses Recht ein Privileg ist. Daher widmet sich der erste der zwei Lernschritte dem Verständnis; und der zweite dem Projektmanagement.

Schritte zur Selbstwirksamkeit

Mit den ersten Methoden bieten sich den Schülerinnen und Schülern zahlreiche Diskussions-

möchten wir das Wahrnehmen von Glücksmomenten im Alltag schulen, denn dies führt zu einer positiven Grundeinstellung und zum Lebensoptimismus. Wer sich selbst, anderen und den schulischen Anforderungen gegenüber positiv eingestellt ist, dem wird das Leben glücken! Wer sich selbst als wertvoll empfindet und achtsam mit sich umgeht, der kann auch seinem Gegenüber mit Respekt begegnen und Teamgeist entwickeln. Der Kontakt untereinander, Vertrauen zueinander und der respektvolle Umgang miteinander werden gestärkt. Eine gute Klassengemeinschaft bildet die Voraussetzung für das gemeinsame Lernen und Leben an unserer Schule.

Stundenschema

Das Spiralcurriculum und ein festes methodisches Stundenschema bilden den verlässlichen Rahmen. Die Lehrkraft steuert den Prozess, die Schüler den persönlichen Bedeutungsinhalt: Beginnend mit der Reflexion der Glücksmomente aus der vergangenen Woche, während des motivierenden Energizers und durch ihren persönlichen Einsatz am Lernexperiment bzw. an der Übungseinheit der Stunde. Besonders relevant ist die abschließende Reflexions- bzw. Sicherungsphase für ihren Selbstbildungszuwachs⁷.

Durch Kooperationsspiele Gruppen- und Kreativaufgaben, Aktivierungsphasen und Reflexionsgespräche erwerben die Schüler eine positive Grundhaltung, die sich auch auf den Schul- und Unterrichtsalltag auswirkt. Im Zusammenspiel aller auf den Weg gebrachten Schulprogrammaspekte wird die Ein-

zelstunde im Stundenplan zu dem, was sie ist: umfassend beglückend förderlich!

Weiterbildung für Förderfach

Bereits in der Gründungsphase der Comenius-Gesamtschule in Voerde haben drei Lehrkräfte an der Weiterbildung „Förderkonzept Glück“ in Aachen teilgenommen. Die Implementierung der acht Module mit ihren 117 Unterrichtseinheiten in die schulische Förderkonzeption bilden die unterrichtliche Grundlage des Förderfaches.

Das Mentoring, die Doppelbesetzung im 5. Schuljahr mit einem Experten und der jeweiligen Klassenleitung, führte an unserer Schule zur „Glückspotenzierung“. Ein Trainer des Vereins zur Förderung der Lern- und Lebensfreude, Malaika e.V. führt für neue Kollegen in regelmäßigen Abständen mit einem Basis-Modul in das Schulfach Glück ein und sorgt so für eine kontinuierliche Konzeptimplementierung.

Ausblick

Das erste große Werk der Pädagogik, die Didactica Magna, ist in insgesamt 33 Kapiteln untergliedert und Comenius bezeichnete sein Werk als „Didaktik des Lebens“⁸. Vielleicht würde er, der große Reformpädagoge und Vorreiter einer kindgerechten Pädagogik, nach dem Besuch des Förderfaches an unserer Schule zumindest ein weiteres Unterkapitel verfassen. Auf jeden Fall aber würde er die systematische, allumfassende Förderung von Glücksunterricht allen an Schulen Tätigen ans Herz legen und sich für die Legitimation einsetzen. Mit diesem Appell wäre er in guter Gesellschaft, auch

wenn Glück nicht offizieller Bestandteil des Fächerkanons an Schulen ist, so haben es bereits einige in unterschiedlichen Bundesländern in ihren Stundenplan eingepflegt und verschiedene Institutionen und eingetragene Vereine führen Fortbildungen auf der Grundlage der Inhalte und Materialien von Ernst Fritz-Schubert durch.

Quellen:

¹In Anlehnung an ein Zitat von Albert Schweitzer.

²Lohrmann, J. (2018). Johan Amos Comenius. WDR in der ARD vom 19.01.2018. Verfügbar unter <https://www.planet-wissen.de/gesellschaft/lernen/deutschunterricht/pwiejohanamoscomenius100.html> (zuletzt aufgerufen am 03.02.2023).

³Fritz-Schubert, Ernst; Wolf-Thorsten Saalfrank und Malte Leyhausen (Hrsg.): Praxisbuch Schulfach Glück. Grundlagen und Methoden. Weinheim (Beltz) 2015. S. 122f. (FSI-Methodenbaukasten. Fritz-Schubert-Institut)

⁴Ebd., Seite 123

⁵Malaika e.V., Verein zur Förderung der Lern- und Lebensfreude, Pontsheidestraße 8, 52076 Aachen

⁶Fritz-Schubert, Ernst et al. ebd., Fritz-Schubert, Ernst: Schulfach Glück. Wie ein neues Fach die Schule verändert. Weinheim (Beltz) 2015.

Fritz-Schubert, Ernst: Schulfach Glück. Wie ein neues Fach die Schule verändert. Freiburg (Herder) 2008.

⁷Wilms, Ellen und Heiner: Lions-Quest „Erwachsen werden“. Lebenskompetenzen für Kinder und Jugendliche der Sekundarstufe I. Programmhandbuch. 5. Ausgabe.

⁸Vgl. Fritz-Schubert, Ernst; ebd., 2015, Seite 113f.

Didactica magna. In: Wikipedia. Die freie Enzyklopädie. https://de.wikipedia.org/wiki/Didactica_magna (zuletzt abgerufen am 05.02.2023)



ISA II/2023, Seiten 15-19

Alle Fotos:
Matthias Flüb



anlässe. In einem Rollenspiel erleben sie, wie einem Mädchen der Ausbildungsplatz in einer Kfz-Werkstatt verwehrt bleibt, wie Navid keine Wohnung für seine Familie erhält oder Kai Probleme mit seinem Rollstuhl im Kino hat. Sie eifern in einem Wettrennen mit unterschiedlichen Startvoraussetzungen um den ersten Platz oder entdecken Hetze und Hass auf Social-Media-Kanälen. Sie erkennen, dass ihre eigenen Beobachtungen und Erfahrungen keine Einzelfälle sind. Wenn sie sich nach den Spielen mit den Artikeln des Grundgesetzes, ggf. in einfacher Sprache, auseinandersetzen, wächst das Gefühl der Unfairness. „Warum passieren diese Dinge, wenn doch die wichtigsten Regeln Deutschlands es verbieten?“, fragen die Schülerinnen und Schüler häufig. Es entsteht der Mut zu handeln. Sie selbst setzen sich die Aufgabe und das Ziel, die Gesellschaft mitzugestalten und ihre Moralvorstellungen öffentlich zu zeigen.

Dabei geht es nicht bloß darum, eine Demonstration zu planen. Jede Schülerin und jeder Schüler soll sich mit seinen individuellen Stärken in das Projekt einbinden. In vier Teams gehen die jungen Menschen in das Projektmanagement. 2022 war die Begeisterung für die Schülerdemonstration sogar so groß, dass diese Arbeit jahrgangs-



übergreifend stattfand. Schülerinnen und Schüler arbeiteten teilweise nach dem Ganztagsunterricht oder ließen sich für einzelne Stunden von ihren Fachlehrerinnen und -lehrern befreien und planten ihre Demonstration.

Die Teams

Im „Team Organisation“ fanden sich die Denker und Lenker wieder. Gemeinsam entwickelten sie Vorträge für die Schulleitung und setzten Termine und Uhrzeiten fest. Aus den Sensibilisierungsspielen zu Beginn des Projekts wussten sie, dass der Demonstrationsweg haargenau beschrieben werden musste. So schritten sie ihn virtuell und analog ab und informierten die Partnergruppen.

Das „Team Werbung“ kümmerte sich darum, Mitstreiterinnen und Mitstreiter zu finden.

Beeindruckende Schülerdemonstration auf ihrem Marsch durch die Stadt

Kompostierbare Luftballons tragen Samenkarten mit Botschaften in die Welt

In jeder Klasse der Schule hielt das Team ein Referat. Unzählige Briefe an Schulen der Stadt wurden verfasst. Auch der WDR und die Lokalpresse wurden eingeladen sowie Interviews mit dem Radio geführt.

Banner und Plakate dürfen auf keiner echten Demonstration fehlen. Das übernahm das „Team Malermeister:innen“. Zunächst planten die Schülerinnen welche Materialien sie brauchten, sammelten Ideen aus dem Internet und begannen zu malen. „Unsere Nationalität? Mensch.“ War nur einer der vielen kreativen Sprüche, mit denen die jungen Menschen ihre Meinung öffentlich sagten.

Das „Team Showmaster“ gestaltete ein Bühnenprogramm. Dabei war Ideenreichtum wie Planungskompetenz gefragt. Sie entwickelten mit anderen Klassen und Schulen Vorträge, Reden, Gedichte; selbst kleine Theaterstücke brachten Schülerinnen und Schüler ein, um lautstark für ihre Meinung zu werben. Leah, eine Schülerin des Jg. 10, entwickelte eine Ballonaktion. Im Internet recherchierte sie nach kompostierbaren Luftballons. An diese bunten Luftballons hing sie Samenkarten mit Nachrichten oder Wünschen auf, wie Menschen sich einander begegnen sollten. Bei der Demonstration verteilte sie 60 Ballons und schickte ihre Wünsche mit etwas Helium in die Welt hinaus.

Der große Tag

Am 21.03.2022 war es dann so weit. Zur letzten Generalprobe traf sich das buntgemischte Planungsteam aus den Jahrgängen 7-11 auf dem Schulhof. Der Ton wurde gecheckt, das Klavier überprüft und die Bühne geschmückt. Langsam trudelten die Mitstreiterinnen und Mitstreiter aus ihrem Unterricht in der Gesamtschule Recklinghausen Suderwich. Weitere Real- und Gesamtschulen, Gymnasien und Berufskollegs waren den Aufrufen der Schülerinnen und Schüler gefolgt. So versammelten sich 1000 junge Menschen mit Trillerpfeifen und eigenen Pla-

katen auf dem Schulhof. Gemeinsam zogen sie flankiert von der Polizei durch die Stadt und setzten sich gemeinsam für ihre Werte ein.

Ziele erreicht

In einem Podcast (Immer Sommer) wurde ich gefragt, ob die Jugend heutzutage politikverdrossen sei. Es ist nicht die Frage ob, sondern wer. Denn genau diese Schülerinnen und Schüler unserer Schule erleben Polizei und den Staat ganz anders. Von Kindesbeinen an spüren sie, dass ihre Stimme weniger Gewicht hat oder nicht gehört wird. Durch solche Projekte erfahren und erleben diese jun-

gen Menschen Demokratie und Teilhabe. Sie handeln selbstwirksam und spüren den Erfolg ihres Projekts.

Vor zwei Monaten lud eine ehemalige Schülerin zu ihrer Demonstration gegen den Krieg in der Ukraine ein. Mein Grinsen und mein Stolz auf diese junge Frau hätten kaum größer sein können, als ich sie dort in Datteln besuchte.

Quelle:



ISA I/2023, Seite 30-33

TalentAward Ruhr 2022 - Auszeichnung für Matthias Flüb



Fotos: © TalentMetropoleRuhr



... für seine besonderen partizipativen, emanzipatorischen Demokratieprojekte wie z.B. die „Do it yourself“-Schülerdemonstration, aber auch für sein Lehrer-Selbstverständnis als Berater, Coach und Lernbegleiter.

Ausführliche Information:
Dr. Britta L. Schröder
in ISA I/2023, Seite 34f



Redakteurin und Herz der ISA Karin Görtz-Brose

Viel mehr als eine Zeitschrift...

Jede gute Zeitschrift braucht gute Autor*innen, mehr aber noch ein Herz für die Auswahl der Artikel, ihre Ausrichtung und ihr Anliegen.

Karin Görtz-Brose ist das Herz unserer ISA seit 2013. Wir gratulieren deshalb nicht nur zum Redaktionsjubiläum von nun schon über 10 Jahren, sondern wir danken vor allem für die unermüdlige organisatorische Arbeit, ihr Motivationstalent und ihre Nachhaltigkeit, die auch säumige Autor*innen gerne ertragen.

Als Gesamtschülerin in Persona in der Gesamtschule Dortmund Scharnhorst, als Mutter zweier Gesamtschulsohne in Dortmund, kennt sie die Entwicklung und die inneren Strukturen der Gesamtschule in NRW aus jeder Perspektive. Für die GGG NRW war sie als Vorsitzende des Landeselternrates der Gesamtschulen im Zeitraum von 2003-2005, und ist sie noch, eine wichtige Elternstimme in unseren Diskussionen. Sie selbst ist Mitglied der GGG seit 1998.

Was macht die ISA so beliebt?

Gefragt nach dem Erfolgsrezept der ISA, sie erscheint als Verbandszeitschrift viermal im Jahr und erreicht alle integrierten Schulen und bildungspolitisch Interessierten im Land NRW, hebt Karin Görtz-Brose im Gespräch besonders hervor, dass es in der Zeitschrift gelingt eine Mischung von Artikeln aus dem Alltag der Schulen, interessanten Projekten und bildungspolitischen Diskussionsbeiträgen zu versammeln. Schulen fühlen sich mit ihr Alltagsarbeit wahrgenommen, berichten gerne über Gelungenes, aber auch über ihre Schwierigkeiten und zuweilen holprigen Prozesse der Schulentwicklung. Dies spiegelt die anspruchsvolle Schullwirklichkeit der integrierten Schulen in NRW wie keine andere Publikation und erfreut sich wohl deshalb so großen Zuspruchs.

Die Schulen erfüllt es mit Stolz sich zu präsentieren. Leser*innen öffnet sich oft eine sehr emotionale Ebene in die Schulen hinein.

„Was wollt ihr anderen berichten?“ Ist die Leitfrage der Redakteurin, und die Vielzahl der Artikel aus den Schulen erschweren stets die Auswahl.

Die ISA bietet Teilhabe am landesweiten Schulleben für Eltern, Schüler*innen und Schulleitungen. Wichtige bildungspolitische Fragestellungen bieten den Leser*innen wiederum Teilhabe an die bildungspolitischen Diskussionen in NRW. Für die Gesamtschulwelt in NRW ist deshalb die ISA und die Arbeit von Karin Görtz-Brose viel mehr als eine Zeitschrift.....

Dagmar Naegele



Foto: Gerd-Ulrich Franz

Auf dem Foto: Werner Kerski, Karin Görtz-Brose, Behrend Heeren, Christa Gramm, Jürgen Theis

Den Staffelstab für die Redaktion überreichte Jürgen Theis im Herbst 2013 bei einem Treffen mit der Grafik Designerin Christa Gramm in Wiesbaden, an Karin Görtz-Brose.

Das war die Geburtsstunde der Mitgliederzeitschrift „Integrierte Schulen Aktuell“, kurz „ISA“.

Auflage 3500, April 2024

Bezugspreise

Heftpreis 8,- € einschl. Versandkosten.

Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Heftpreis bei zusätzlicher Bestellung durch Mitglieder 5,- € einschl. Versandkosten.

© Alle Rechte vorbehalten

GGG Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule e.V. vertreten durch den GGG Vorsitzenden Dieter Zielinski

Alle Beiträge (Texte, Tabellen, Grafiken) und Fotos sind urheberrechtlich geschützt.

Auf der GGG-Website www.ggg-web.de stehen die Artikel des GGG Magazins zum Download zur Verfügung.

Sofern beim jeweiligen Beitrag nichts anderes vermerkt ist, kann der vollständige, unbearbeitete Artikel mit Nennung der Autoren und der Quelle „Die Schule für alle“ für nicht kommerzielle Zwecke kostenfrei weiterverbreitet werden. (Das entspricht der Creative Commons Lizenz CC BY-NC-ND-4.0.)

Wegen anderer Nutzung der Artikel oder Teilen davon wenden Sie sich bitte an die jeweiligen Autoren, bei denen alle weiteren Verwertungsrechte liegen.

Heftfolge

In die Zählung der Hefte sind auch Sonder- und Regional-Ausgaben als Spezial-Hefte aufgenommen.

Die Druckausgaben regionaler Hefte werden i.d.R. nicht bundesweit, sondern nur den Mitgliedern der jeweiligen Landesverbände zugestellt.

Alle Hefte werden jedoch auf der Website präsentiert und stehen dort zur Verfügung:

<https://ggg-web.de/publikationen-ggg/ggg-zeitschrift>



► Kontakt: www.ggg-web.de/nw-start

Impressum

Die Schule für alle Das Magazin

ISSN 2700-015X

Herausgeber



GGG Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule

Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V.

Bundesgeschäftsstelle
Huckarder Str. 12
44147 Dortmund

Tel: 0231 58 694727
www.ggg-web.de

Die Schule für alle - Das Magazin Nr. 2024 | 1

Verbandszeitschrift der GGG

Redaktion

Karin Görtz-Brose
Behrend Heeren
Reinhart Herfort
Werner Kerski

Autorinnen & Autoren

Matthias Flüb
Behrend Heeren
Werner Kerski
Dagmar Naegele
Cornelia Schnelting-Perret
Dietrich Scholle
Hannah Seegers
Martina Zilla Seifert
Andreas Tempel
Thomas Zander
Dieter Zielinski

Redaktionelle Begleitung

Christa Lohmann

Gestaltung

Gesamtgestaltung Christa Gramm
Titelgestaltung und Fotografie
Ch. Gramm, M. Kreuder,

Website

Lothar Sack

© Bildnachweis

Nicht gekennzeichnete Portraits, Fotos und Grafiken sind zur Nutzung autorisiert.

Druckerei

Umweltdruckerei: www.lokay.de
Gedruckt auf Recyclingpapier





Alle Ausgaben ab 2020
können von unserer
Website heruntergeladen
werden.



Direkt zu dieser
Ausgabe



2022



2022/1



2022/2
GGG Spezial



2022/3
GGG HE Spezial



2022/4

2023



2023/1
GGG Spezial



2023/2



2023/3
GGG Spezial

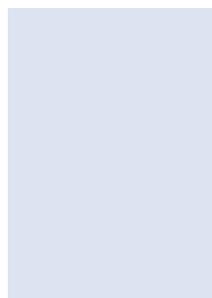


2023/4

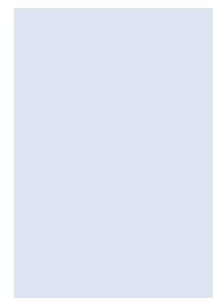
2024



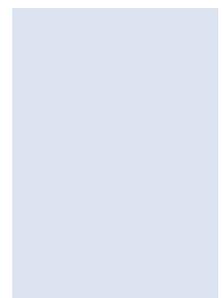
2024/1
GGG NRW Spezial



2024/2



2024/3
GGG Spezial



2024/4